EIN GESPENST GEHT UM IN EUROPA...



ZECK

INFO DES GRAUES

BAND 164 SEPTEMBER/OKTOBER 2011

Vorwort



Buh...
Marx Gespenster sind totgeglaubt, aber nicht loszukriegen. Mit dieser Ausgabe machen wir uns zum Teil der allgemeinen Geisterstunde und laden alle Monstren, Mumien und Mutationen der Nacht ein, den Beiträgen zu den kommenden Aufständen, künftigen Demos, vergangenen Schrecken, und Erfolgserlebnissen in alten Gemäuern wie dem Gängeviertel zu folgen. Wir schnitzen noch einige Kürbisgesichter um Investor innen und Stadtplaner innen bei der nächsten Mietenwahnsinnsdemo zu erschrecken und halten uns deshalb kurz.
zwielichtig
eure zeckphantome

Inhalt | **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Autonome Vollversammlung

Nächster Termin: 15. September 19:30 h
Rote Flora im Leon-Cavallo. Themenvorschläge: Nachbereitung Schanzenfest, Aufstände und Riot s in England..

****

Vollversammlung „Flora bleibt unverträglich“

Zum Stand und zur Vorbereitung für den Aktionstag gegen Gentrifizierung und kapitalistische Stadtentwicklung. Vollversammlung der Kampagne „Flora bleibt unverträglich“ am Montag, den 05.09. um 20 Uhr in der Roten Flora (HH).
Der in Bewegung geratene Konflikt um die Rote Flora hat seit Anfang des Jahres einigen Staub aufgewirbelt. Ein Reihe von Aktionen, Demonstrationen, Verlautbarungen und Solidaritätsbekundungen später ist das Projekt gut aufgestellt, hat sich in stadtpolitische Auseinandersetzungen eingemischt und viel Zuspruch erfahren.
Zugleich ist die Situation nach wie vor offen, eine Räumungsdrohung nicht vom Tisch. Auf der einen Seite Kretschmer, der nach wie vor ein Interesse daran hat, die Immobilie am Schulterblatt 71 gewinnbringend zu verkaufen. Auf der anderen Seite die Stadt, die etwas an den städtebaulichen Stellschrauben dreht und auf diese Weise versucht, den Konflikt öffentlich runterzuspielen und Problemlösungskompetenz zu simulieren.
Und mittendrin die Flora: besetzt, unverkäuflich und unverträglich. Gleichzeitig auf den Markt geworfen und trotzdem ein Schwarzes Loch in der Eigentumsordnung steht sie quer zu den herrschenden Verhältnissen und den Bestrebungen von Stadt und Investor. Da das so bleiben und die Flora auch zukünftig lebendiger Störfaktor sein soll, ist es notwendig, in Bewegung zu bleiben und sich weiter in stadtpolitische und gesellschaftliche Konflikte einzumischen.
Im Rahmen der Kampagne „Flora bleibt unverträglich“ ist daher der Vorschlag für einen internationalen Aktionstag aufgegriffen worden. Ein Tag vielfältiger Intervention, der sich nicht nur gegen eine mögliche Räumung der Flora, sondern gegen Gentrifizierung und kapitalistische Stadtentwicklung insgesamt richtet.
Nachdem diese Idee bereits im Juli vorgestellt und seitdem verbreitet worden ist, wollen wir nun mit Euch auf einem offenen Treffen darüber diskutieren, ob ein solcher Aktionstag stattfinden soll und wie eine konkrete Umsetzung aussehen kann. Es geht darum, Eure Ideen und die bisherigen Rückmeldungen zusammenzutragen und auszuwerten und davon ausgehend, die weitere Perspektive zu entwickeln. Dazu findet das folgende Kampagnen-Treffen statt, am
Montag, 05. September 2011
um 20 Uhr in der Roten Flora

****

DOKUMENTATION: Bullenwache mit Farbe und Steinen angegriffen

Solidarität mit dem in Berlin inhaftierten Genossen Det! Solidarität mit allen Angeklagten und inhaftierten weltweit die gegen die Autorität und unterdrückung kämpfen! Wir senden eine revolutionäre Umarmung und haben die Bullenwache am Fischmarkt in HH mit Steinen und Farbe in der Nacht zum 8.Juli angegriffen. Freiheit für Alle!
anarchistische und autonome Gruppen für die soziale Revolte

****

A donde vamos ...?

Bewegung 15. Mai - Wohin geht die Reise ?
Einige Betrachtungen und kritische Anmerkungen zur Bewegung des 15 M in Spanien.

Der folgende Text ist aus einer kritisch-solidarischen, anarchistisch-autonomen Perspektive geschrieben und beleuchtet neben den positiven Erscheinungen dieser Bewegung 15 M auch einige Kernpunkte von internen Konflikten und Auseinandersetzungen. Der Text ist subjektiv und beschreibt nur einzelne Punkte und Facetten. Vieles fehlt oder ist nur am Rande erwähnt. Die unglaubliche Vielfalt und Diversität kann nur in vielen unterschiedlichen Artikeln und Berichten und Reflektionen annährend seinen Ausdruck finden. Wir hoffen, eine solidarische Diskussion anzuregen.
weiterlesen unter:
http://de. ndymed a.org/2011/08/313175.shtm

****

Planungswürfel auf dem Areal der Alten Rindermarkthalle

Auf dem Areal der der alten Rinderschlachthalle stehen seit dem Schanzenfestwochenende Planungswürfel für die Wunschproduktion, von Anwohner_innen. Dem Vernehmen nach hat sich die Finanzbehörde und die städtische Sprinkenhof AG, die das Gelände verwalten, zu einer Duldung durchgerungen. Die Würfel stellen eine Bereicherung der Situation auf dem Areal dar, als Kommunikationsort für die Menschen in den benachbarten Vierteln.



EA-Bericht zum Schanzenfest

Eine kurze Zusammenfassung des EA über repressive Besonderheiten am Abend und in der Nacht des diesjährigen Schanzenfestes:
Bereits um 21:15 Uhr, also noch während das Bühnenprogramm des Schanzenfest lief, wurde ein Pressevertreter des Freien Sender Kombinats (http://www.fsk-hh.org) von der Polizei in Gewahrsam genommen. Er soll einen Platzverweis mißachtet haben, den er laut Zeugenaussagen nicht erhalten hatte.
Nachdem ihm ein Telefonat mit seinen Anwält_innen und dem Ermittlungsausschuss verweigert wurde, kam er gegen 22:30 Uhr auf Druck des Freien Sender Kombinats wieder frei. Dieses hatte bei der Pressestelle der Polizei gegen diesen erneuten Eingriff in die Pressefreiheit protestiert.
Rechtsanwält_innen, die auf der Wache in der Stresemannstraße Mandanten die sie namentlich konkret benannten, sprechen wollten – was ein elementares Recht der Gefangenen ist – wurden bis 4:30 Uhr hingehalten. Zu diesem Zeitpunkt war es auf der Straße längst ruhig und die Personen hätten somit ohnehin spätestens jetzt wieder frei kommen müssen.
Die Beamt_innen begründeten ihre Verzögerungstaktik mit dem Fehlen eines freien Raums für das vertrauliche Gespräch zwischen Rechtsanwält_in und Mandant_in. Erst das zufällige Auffinden eines freien Raums durch die Anwält_innen selbst ermöglichte dann die ersten Gespräche.
Dies verdeutlichte die wissentliche Desinformation durch die Polizei.
Gegen 1 Uhr wurden die Gäste einer Kneipe im Schanzenviertel unter Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei gewaltsam in die Innenräume der Kneipe gedrängt. Etwa eine Stunde lang durften die eng gedrändten Gäste die Kneipe nicht verlassen. Erst durch Intervention unserer Rechtsanwält_innen vor Ort konnten die Eingeschlossenen einzeln wieder rausgehen. Die nachfolgende Person konnte jeweils dann hinaus, wenn die vorherige hinter der Polizeiabsperrung angekommen war.

Weitere Besonderheiten:
Einem 15-Jährigen wurde auf der Wache vier Stunden der Kontakt zu seinen Eltern verwehrt.
Mindestens sieben Verletzten wurde auf der Wache eine ärztliche Versorgung verwehrt.
Keine_r der Gefangenen durfte Telefonieren und uns anrufen.

Auch in Zukunft gilt wie immer:
Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft
- Anna und Arthur halten's Maul!
Wenn ihr Post von Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gerichten bekommt, meldet euch bei uns!

Euer EA: 040 432 78 778

Mehr zum Schanzenfest

Zum Schanzenfest sind auf Indymedia mehrere Beiträge erschienen die wir aus Platzgründen nicht in diese Ausgabe nehmen. Im folgenden eine kurze Liste der Texte.

Polizei nimmt FSK-Redakteur in Gewahrsam
Zur Gewahrsamnahme eines FSK-Redakteurs gegen 21 Uhr auf dem Schanzenfest. Nachdem Mitarbeiter des FSK bei der Pressestelle der Polizei und beim zuständigen Einsatzstab gegen diesen polizeilichen Eingriff in die Freiheit der medialen Berichterstattung protestiert hatten, wurde der Redakteur gegen 22:40 aus dem Polizeigewahrsam entlassen.
http://de.indymedia.org/2011/08/314314.shtml

Einige Bemerkungen zum Schanzenfest
Der Text einiger autonomer lehnt Analogien zu den Unruhen in London ab und kritisiert die Form der Krawalle u.a. als „Mackertum und sinnlose Militanz" und stellt dem die Frage wie sich in die Gesellschaft intervenieren und der Integration in die „Kreative Stadt" entgehen lässt?
http://de.indymedia.org/2011/08/314362.shtml

Die Splitter der Nacht
Eine gekürzte Version dieses Textes befindet sich im Heft. Die längere Version im Internet enthält Passagen die sich direkt auf die „Bemerkungen zum Schanzenfest" beziehen.
http://de.indymedia.org/2011/08/314614.shtml

Einige Revisionen zu den Bemerkungen
Im dem Text revidieren einige Hamburger Autonome verschiedene Positionen und erklären, dass sie sich zum Schwarz-Weiß Denken in den Kategorien „gute Militanz / Mackermilitanz" verleiten haben lassen. „Obwohl wir daran festhalten, dass sich in den abendlichen Aktionen Mackertum und Militanzfetisch finden lässt, hatten sie dennoch auch politischen Charakter"
http://de.indymedia.org/2011/08/314627.shtml

Leerstand besetzen - Mietenwahnsinn stoppen!
Artikel zur Verteilung der neuen Zeitung „Verstärker" auf dem Schanzenfest von Initiativen aus dem „Recht auf Stadt"-Netzwerk
http://de.indymedia.org/2011/08/314680.shtml



Splitter der Nacht

Die Londoner Riots und die gestörte Nachtruhe am Schanzenfest

„Hinsichtlich der geschichtlichen Funktion, gibt es einen Unterschied zwischen revolutionärer und reaktionärer Gewalt, zwischen der von Unterdrückten und der von Unterdrückern geübten Gewalt. Ethisch gesehen: Beide Formen der Gewalt sind unmenschlich und von Übel – aber seit wann wird Geschichte nach ethischen Maßstäben gemacht? Zu dem Zeitpunkt mit ihrer Anwendung beginnen, wo die Unterdrückten gegen die Unterdrücker aufbegehren, die Armen gegen die Verfügenden, heißt dem Interesse der tatsächlichen Gewalt dadurch dienen, daß man den Protest gegen sie schwächt."
(Herbert Marcuse)

Das obige Zitat soll uns Einleitung sein, um einige grundlegende Fragen, die sich um Gewalt und repressive Verhältnisse drehen, aufzugreifen. Wir, das ist ein autonomer Zusammenhang aus dem Umfeld der Roten Flora. Im Folgenden möchten wir teilweise auch in linken Zusammenhängen nach dem diesjährigen Schanzenfest vertretene Position kritisieren, welche wir als „moralische Intervention" bezeichnen, die den Ausnahmezustand der Gefahrengebiete als „Ausnahmezustand von unten" vorzeichnet, indem sie von einer vermeintlichen Entpolitisierung der Gewalt spricht. Wir sehen diese als einen Bestandteil des Übergangs vom Sicherheitsstaat zu einer alles umfassenden und durchdringen Sicherheitsgesellschaft.*

Im Folgenden werden wir die „moralische Intervention" als Teil des vielfältige Formen und Machttechniken umfassenden Arsenals der Sicherheitsgesellschaft zurückweisen und einen Bezug zu den Unruhen in England herstellen, der den gesellschaftspolitischen Blickwinkel erweitern soll. Abschließend folgt eine eigene Bewertung und subjektive Darstellung des Schanzenfestes und seiner Perspektiven.

> ** Die Sicherheitsgesellschaft*
>
> Den Begr ff der S cherhe tsgese schaft m h er verwendeten S nne hebt zwe Be sonderhe ten hervor, um d e gegenwärt gen Formen soz a er Kontro e zu beschre ben. Erstens st d e Durchsetzung gese schaft cher Normen und d e Abs cherung der be stehenden Herrschaftsverhä tn sse m Post ford smus/Neo bera smus noch v e wen ger a s zuvor e ne exk us ve Ange egenhe t des Staates. Gese schaft che Konf kte werden a s S cherhe tsprob eme behande t und a e gese schaft chen Akteur_ nnen zur „Lö sung" d eser Prob eme e nbezogen. Staat, Pr vatw rtschaft und Z v gese schaft geben s ch so d e K nke n d e Hand und weben ge me nsam e n umfassendes Netz soz a er Kontro e. Zwe tens gre ft auch d e Be schre bung der dabe zum E nsatz kommen den Techn ken a s Repress on zu kurz, v e mehr hande t es s ch um e n Ine nandergre fen untersch ed cher Mechan smen. D sz p n erung und Aussch uss verb nden s ch m t prävent ver Kontro e und akt v erender E genverantwortung zu e ner autor tären For m erung von Staat und Gese schaft, n der a se t ge Überwachung se bstverständ ch st und der Ruf nach Strafe und Verge tung m mer auter w rd. (mehr dazu be S nge n ste n/Sto e: D e S cherhe tsgese schaft)

Crowdsurfen zwischen Verelendungstheorie und Markenfetisch

Das wirklich Interessante und Progressive am Schanzenfest ist nicht autonome Selbstinszenierung, subkulturelle Abgrenzung oder ewiggestrige Klassenkampfromantik, in einer verengten Rhetorik von oben nach unten, sondern eine Multitude** im Sinne Hardt/Negris, welche sich hier temporär als verwobene Gemeinschaft mit dem kleinen Konsens zusammenfindet, ein unangemeldetes Fest zu feiern, an dessen Ende die Fäden und Interessen wieder auseinanderlaufen.

Zwar sehen wir die Empire-Theorie von Negri/Hardt in vielen Dingen eher kritisch, aber interessant finden wir, dass sie eine Erklärung und ein politisches Verhältnis herstellen, wo andere lediglich einen unpolitischen Charakter beklagen, sei es des Festes, der Gewalt oder der Jugendunruhen in London. Obwohl das Konzept der Multitude teilweise auch die Privilegien und Herrschaftsverhältnisse zwischen ihren Akteur_innen verschleiert, so lässt es doch Raum für die Heterogenität und Uneindeutigkeit des Politischen. Der gegenteilige Ausschlag wäre die These vom „kommenden Aufstand", welche dazu neigt, die „Gewalt von unten" zu ästhetisieren und zu vereindeutigen, statt sie politisch als ein immer auch in sich gebrochenes Ereignis zu bestimmen (nachzulesen im gleichnamigen Buch des Unsichtbaren Komitees).

Wir halten eine schlichte Analogie zu den Unruhen in England für falsch, wie sie durch die Medien geisterte und als Parole „London ist überall" am Abend des Schanzenfestes an den verbarrikadierten Fensterfronten der Hamburger Sparkasse erschien. Gleichzeitig sind Militanz und Krawall kein Privileg für Unterdrückte in London oder markenbewusste Autonome. Sicher lässt sich, wie bei jedem Krawall, einiges an den Ereignissen nach dem Schanzenfest kritisieren. So etwas finden wir prinzipiell auch gut. Die Haltung einer pauschalen Kategorisierung der Krawalle als unpolitisches Ereignis macht sich allerdings zu einem verbalen Wassereimer, um ein Feuer zu löschen, ohne über dessen Entstehung etwas zu sagen, das über die übliche mediale Verurteilung vermeintlich erlebnissorientierter Jugendlicher hinausgeht.

> *** Die Multitude im Empire*
>
> D e Mu t tude st e n Netzwerk, e n offenes Bez ehungsgef echt, das n cht homogen oder m t s ch dent sch st. Es hande t s ch um e ne V e he t von S ngu ar täten, d e geme nsam hande n. D e Mu t tude st n d esem S nne zu untersche den vom „Vo k" oder der Arbe ter_ nnenk asse, denen jewe s e n e nhe t cher W en unterste t w rd, und von der form osen, formbaren Masse. S e st ke n „neues revo ut onäres Subjekt", das der Herrschaft des „Emp re", der neuen g oba s erten We tordnung entgegensteht. Zug e ch st s e m marxschen S nne gespensterhaft: das Emp re kann n cht ohne s e, br ngt s e hervor, w e es von hr hervorgebracht w rd – und zug e ch bes tzt s e das Potenz a , n h rem kooperat ven Vermögen über d e beste henden Ausbeutungsverhä tn sse h nauszu gehen. (mehr dazu be Negr /Hardt: Emp re, Mu t tude und Common Wea th)

Blenden und Blickwinkel

Es mag ja sein, dass manche selbst keinen Anlass zum Krawall am Abend des Schanzenfestes sahen. Anderen ging es jedoch anders! Bereits Wochen vor dem Fest ist eine Diskussion über die Anzahl der Bullen und ein mögliches Gefahrengebiet losgetreten worden. Am Tag des Schanzenfestes selbst wurde die Hamburger Messe in ein riesiges Polizeilager verwandelt. Ab 18 Uhr zogen starke Polizeikräfte rund um das Fest auf. Eine Hundertschaft durchfuhr die zum Fest gehörige Schanzennstraße gegen 19 Uhr mit Blaulicht. Wir finden es völlig falsch, solchen Zuständen den Anstrich von Norma-

lität zu geben. Historisch betrachtet hat die Polizei unter Innensenator Olaf Scholz – ja der Olaf Scholz, welcher nun Hamburger Bürgermeister ist – die Auseinandersetzungen nach dem Schanzenfest begonnen. Mit immer gewaltigeren Polizeiaufgeboten wurde das Fest überfallen, um einige damals noch vergleichsweise kleine Lagerfeuer zu löschen. Unter Schwarz/Schill eskalierten diese Einsätze völlig. Von den Organisator_innen des Festes wurde immer abgelehnt, sich zu distanzieren oder eine Spaltung in gute Anwohner_innen und böse auswärtige Jugendliche mitzumachen.

Wir finden dies richtig, denn die politische Verantwortung für die Auseinandersetzungen in der Nacht nach dem Fest tragen andere. Zum Beispiel die Hamburger Innenbehörde, die seit Jahren bei jedem Konflikt Öl ins Feuer gießende Polizeigewerkschaft, vor allem aber eine strukturelle Gewalt, die uns umgibt und zum Normalfall erklärt wird. Innensenator Ahlhausahab griff im letzten Jahr das laufende Fest bereits um 18 Uhr an. Dieser Angriff führte zu derart massiven Auseinandersetzungen mit der Polizei, dass es zu einem Umdenkprozess in der Innenbehörde kam. Ein Verbot des Festes scheint erstmal vom Tisch, auch ein früher Angriff auf das Fest wird seither vermieden. In diesem Jahr gab es zudem den Versuch eines vergleichsweise umsichtigen Einsatzes, der möglichst wenig „Unbeteiligte" trifft. Dies mag alles schön und gut und auch ein direkter Erfolg der Kämpfe der vergangenen Jahre sein. Es bedeutet aber nicht, dass es nicht auch in diesem Jahr polizeiliche Repression, willkürliche Angriffe auf Besucher_innen des Festes, Gewahrsamnahmen und Verletzte gegeben hätte.

Interessant finden wir dabei, dass Einiges, was auf der Straße gelaufen ist, von der Polizei erst nicht erwähnt wurde, offensichtlich um die Auseinandersetzungen unbedeutender und den polizeilichen Erfolg umfassender erscheinen zu lassen. Entsprechend wurde der Glasbruch bei einem Biomarkt in einem Neubau mit Eigentumswohnungen, in der Presse zuerst ebenso wenig erwähnt, wie vier beschädigte Polizeifahrzeuge und ein brennendes Auto. Ziel und Effekt sind offenkundig eine Relativierung der Ereignisse. Vor diesem Hintergrund bedient eine Haltung, die sich über die Auseinandersetzungen lustig macht oder diesen eine politische Motivation pauschal abspricht, unbewusst die polizeiliche Strategie des Abends.

Strukturen der Gewalt

Wir finden es wichtig, dass patriarchale Verhaltensweisen hinterfragt und insbesondere bei heterosexistischer Männersolidarität auch deutliche Grenzen gezogen werden. Wir finden aber falsch, wenn der Begriff der „Mackermilitanz" ohne weitere Differenzierung als Munition verwendet wird, um einer weiteren Diskussion über Verhältnisse zu entgehen, statt diese zu vertiefen.

Gewaltlosigkeit wird den Schwachen nicht nur gepredigt, sondern abgezwungen. Sie ist im Sinne einer repressiven Toleranz, die in ihren beschränkten Entscheidungsfreiheiten zum Erhalt des Systems beiträgt, nicht nur dem Kapitalistischen, sondern auch dem Patriarchalen mehr eine Notwendigkeit als eine Tugend und normalerweise gefährdet sie die Interessen der Herrschenden auch nicht. Die Kritik der Gewalt genau dort und in dem Moment anzusetzen, wo sich die Menschen erheben oder die Unzufriedenen artikulieren, heißt, den hegemonialen Gewaltverhältnissen der Sicherheitsgesellschaft dadurch dienen, dass man den Protest gegen sie schwächt.

Repressive Toleranz

Vor einigen Jahren hätte es einen Sturm der Entrüstung gegeben, wenn ein Straßenfest in einem von der Polizei umstellten Areal stattfinden müsste. Dass dies mittlerweile von vielen als akzeptabler Zustand empfunden wird, ist neben unbeholfenen Löschaktionen von einzelnen Festbesucher_iknen vermutlich ein Erfolg der polizeilichen Angriffe der letzten Jahre. Die vermeintliche Toleranz und Freiheit der Entscheidung, ob wir die Pappkartonlagerfeuer selber löschen oder dies eine Hundertschaft für uns erledigt, ist lediglich eine andere Übersetzung des gleichen Unterdrückungsverhältnisses. Diesem sich vervielfältigenden repressiven Diskurses gilt es als Ganzes eine Absage zu erteilen. Dies ist auch ein Grund, weshalb wir es nicht unberechtigt finden, wenn völlig unterschiedliche Menschen mit ebenso unterschiedlicher Motivation ihrer konkreten oder unbestimmten Unzufriedenheit am Abend des Schanzenfestes Ausdruck verleihen. Den Wunsch, in die Gesellschaft zu intervenieren und der Integration als Form des Stillstandes zu entgehen, teilen wir und für uns gehören die Jugendlichen auf den Straßen zu dieser Gesellschaft dazu.

Wir halten einen politischen Begriff von Repression und Kontrolle zu kurz greifend, der diese auf polizeiliche Gewalt reduziert. Staatliche und gesellschaftliche Unterdrükkung findet heute in vielen Formen statt und es gibt ein ganzes Arsenal akzeptierter Mittel der Kontrolle. Vom Knüppel zum Pfefferspray, von der Kameraüberwachung zur Sozialarbeit, von Mitwirkungspflichten zur aktivierenden Teilhabe. Am Besten ist diese sicherheitspolitische Durchdringung zu verstehen, wenn nicht vom Polizeieinsatz selbst ausgegangen wird, sondern von dessen moralischer Rechtfertigung.

Gerade weil Anwohner_innen, Autonome oder andere Linke nicht direkt dem Senat unterstehen, wird unterstellt, dass sie auf der Basis moralischer Prinzipien handeln. Die Deutung von Jugendkrawallen als unpolitisch dient dabei – selbst wenn dies der Intention der Akteur_innen zuwiderläuft – als erster Akt, um die Bühne einer polizeilichen Intervention vorzubereiten. In dieser Funktion steht die Entpolitisierung der Gewalt für die Sicherheitsgesellschaft und ihrer autoritären Formierung an vorderster Front. Die moralische Intervention zeichnet den Ausnahmezustand des polizeilichen Gefahrengebietes als „Ausnahmezustand von unten" vor.

Auch die Praxis auf der Straße besitzt Codes und die Form einer Sprache. Ein verurteilender Gewaltdiskurs zum Schanzenfest agiert auf derselben Ebene wie die Sozialarbeiter_innen und Soziolog_innen, die nach den Unruhen in England die Fernsehkanäle bevölkerten. Erst wurde den Krawallen ein unpolitischer Charakter und den Akteur_innen eine Sprachlosigkeit zugesprochen, um dann selbst die Stimme zu erheben und deren Handlungen je nach eigener politischer Ausrichtung zu deuten. Herbert Marcuse beschreibt ein solches Sprechen als repressive und systemstabilisierende Praxis. „Der Zugang zur Sprache

„Sheer criminality"
A Fine Lung Fußballfanzine aus Manchester

„N mm e ne Gese schaft, n der Ge d der e nz ge Weg st, um voranzu kommen. N mm e ne Gese schaft, n der das re chste Prozent der Be vö kerung 20 Prozent des Re chtums bes tzt, und d e ärmsten 50 Prozent nur s eben Prozent. Du n mmst der Jugend d e Be h fe weg, so daß s e n cht mehr aufs Co ege kann. Du sagst hnen, daß s e 30000 Pfund Schu den für e nen Un vers tätsabsch uß machen müssen, der hnen n cht ma e nen Job garant ert. Du kürzt oka e öffent che D enst e stungen und stre chst d e Jobs hrer E tern. Du kr m na s erst s e dafür, daß s e s ch n Gruppen zusammentun und nennst es ant soz a . Und wenn s e dann aus den V erte n herauskommen, n d e du s e e ngesperrt hast, um s ch auf Straßen, d e hnen von der Po ze verwe gert werden, aus Läden, d e h nen den E ntr tt verwe gern, d e Waren zu ho en, d e s e s ch n cht e sten können, dann st a es was du sagst: Das st re ne Kr m na tät."

wird denjenigen Wörtern und Ideen versperrt, die anderen Sinnes sind als der etablierte.“ Andere Wörter und Gedanken können zwar ausgedrückt werden werden, aber sie werden, so sie denn überhaupt Gehör finden, sofort bewertet und quasiautomatisch nach Maßstab einer etablierten Mehrheit verstanden und in herrschende Codes übersetzt. Diese Recodierung definiert die öffentliche Sprache und damit die Richtung, in welche der weitere Denkprozess sich bewegt. Damit endet der Prozess der Reflektion dort, wo er anfing: „In den gegebenen Bedingungen und Verhältnissen.“ (Quelle: http://www.infopartisan.net/archive/1967/2667108.html)

Die Frage ums Ganze
Riots entstehen nicht aus einem sozialen Vakuum, sondern dort, wo sich Menschen und damit die Verhältnisse und Widersprüche begegnen. Sie sagen vieles über die sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen und sich wandelnde Protestmilieus aus. Auch das Schanzenviertel wie seine Krawalle haben sich im Rahmen der Gentrifizierung verändert. Mensch muss längst nicht alles gut finden, was passiert, um in der gestörten Nachtruhe auf dem Schulterblatt trotzdem einen emanzipatorischen Gehalt zu sehen.

Darcus Howe

„I don‘t ca t r ot ng, I ca t an nsurrec t on… of the masses of the peop e. It s hap pen ng n Syr a, t s happen ng n C apham, t’s happen ng n L verpoo , t’s happen ng n Port au Spa n, Tr n dad, and that s the nature of the h stor ca moment.“

Wir sagen den Jugendlichen nicht „Lasst die Steine liegen“, wir sagen ihnen nicht „Keine Gewalt“, wir sagen ihnen nicht „Habt keine Hoffnung auf ein anderes Leben“. Soziale Proteste sind kein Selbstgänger, sondern entwickeln sich aus gemeinsamen Erfahrungen, Gesprächen und Diskussionen auf der Straße und anderswo. Sie entwickeln sich aus der Topografie des Schanzenviertels, aus politischen Situationen, aus sozialen Fragen und Vernetzungen, in denen sich das Lokale und das Globale durchkreuzen.
Militanz war und ist ein Bestandteil linker Geschichte. Die Frage um sinnvolle militante Protestformen wurde und wird immer wieder kriminalisiert. Wir halten dies für falsch! Wir finden gut, richtig und wichtig, dass Leute experimentelle Ideen, eine Praxis für solidarischen Protest entwickeln und dabei Kritik und Grenzen formulieren, wo es z.B. um Leib und Leben geht oder Häuser angezündet werden! Revolten und Krawalle sind dabei nie ein ungebrochenes Ereignis. Wir werden als politische Bewegung immer nur dabei sein unsere nächsten Fehler vorzubereiten. Wichtig ist deshalb eine solidarische Auseinandersetzung, die sich selbst zum Teil macht, herrschende Objektivierungen ablehnt und die Frage nach Gesellschaft und das Ganze in den Vordergrund rückt.

London calling: Die Sicherheitsgesellschaft im Aufruhr
Wir waren ebenso fasziniert und erschrocken von den Bildern brennender Straßenzüge in London, wie viele andere auch. Aber die Fragen, die wir uns stellen, sind offenbar völlig andere als die der Medien und etablierten Politik. Wir lehnen es ab, in der moralischen und verlogenen Weise einer Antidrogenkampagnen zu argumentieren, die über ihre Verzichtslyrik eine staatliche Illegallisierung befördert und die Aufklärung über sinnvolle Verwendung und Gebrauch erschwert. Ebenso lehnen wir eine Diskussion über Gewalt ab, die so tut, als gäbe keine Alltäglichkeit der Gewalt und die gewalttätigen Verhältnisse nicht. Wer oder welche etwa den Widerstand gegen Polizeibeamte oder Plünderungen unterschiedslos auf eine Stufe mit dem anzünden von Wohnhäusern stellt und verurteilt, befördert eine Entgrenzung und Verrohung der Politik, die erst zu solch eruptiven Ereignissen führt.

Wenn Kinder und Jugendliche gegen die Stadt der Erwachsenen revoltieren, dann läuft unübersehbar etwas schief in der Gesellschaft. Die Antwort der Politik in England ist, die eigene Jugend zu dämonisieren und Jagd auf sie zu machen, mittels großflächiger LED-Wände mit Aufnahmen von Überwachungskameras. Diese Bilder wekken in uns Erinnerungen an düstere Zukunftsphantasien orwellscher Prägung. Die Jugendlichen werden zum Abschaum gemacht, zu einer Krankheit erklärt und als Feinde außerhalb der Gesellschaft positioniert, rigide Strafen werden mit dem Außerkraftsetzten sozialer Ansprüche und Rechte verbunden.

Was sagen die Bilder und Gesichter der Jugendlichen? Wie geht es ihnen und weshalb sind sie abgebildet? Was wird ihnen überhaupt konkret vorgeworfen? Die öffentliche Zurschaustellung von Verdächtigen entspringt einem autoritären Strafbe-

„The sad truth behind London riot“ by Martin Fletcher, NBC correspondent

Te ev s on reporter: Is r ot ng the correct way to express your d scontent?
„Yes,“ sa d the young man. „You wou dn‘t be ta k ng to me now f we d dn‘t r ot, wou d you?“
The TV reporter from Br ta n’s ITV had no response. So the young man pressed h s ad vantage. „Two months ago we marched to Scot and Yard, more than 2,000 of us, a b acks, and t was peacefu and ca m and you know what? Not a word n the press. Last n ght a b t of r ot ng and oot ng and ook around you.“
Eavesdropp ng from among the on ookers, I ooked around. A dozen TV crews and new spaper reporters nterv ew ng the young men everywhere.

dürfnis. Vorverurteilt und diskriminiert werden nicht Einzelne, sondern sondern eine Generation. „Der Olympische Fackellauf hat begonnen“, unterschrieb das Satieremagazin titanic das Bild eines brennenden Häuserblocks in London. Die 18jährige Olympiabotschafterin der Stadt ist derweil festgenommen worden mit dem Vorwurf, Steine auf Polizisten und ein Ladengeschäft geworfen zu haben. Sie soll gesagt haben „This is the best day ever.“ Die Unruhen waren kein Phänomen einiger weniger Jugendlicher, sie sprechen vielmehr für eine breite Masse von Unzufriedenen, die in den vorgegebenen Lebensläufen keine Perspektive sehen und spüren, dass hier etwas falsch läuft. Nicht allein wir und sie sind entfremdet, sondern die Gesellschaft.

Distanz und Nähe, Wut und Hoffnung
Sollten wir uns also von solchen Ereignissen distanzieren? Wir sagen Nein! Denn die Distanzierung besitzt eine beschwörende Richtung von unten nach oben, die dem Oben erst Legitimität verleiht. Eine Distanzierung wäre eine Appell an die Unschuld der politisch Verantwortlichen. Und Verantwortliche gibt es viele. Die Politiker_innen in den Parlamenten, die Lobbys und vor allem uns selbst, weil wir schon viel



zu lange zulassen, dass die Dinge so sind, wie sie sind. Weil wir viel zu oft die Klappe halten, wo wir profitieren, und vor allem dort empört sind, wo es uns betrifft. Das Recht auf Stadt, auf die Straße und den gesellschaftlichen Reichtum sind keine Privilegien für wenige, sondern stehen allen zu! Solidarität darf nicht bedeuten, Verhältnisse aufrechtzuerhalten zugunsten derer, die etwas besitzen, sondern sie muss darauf zielen, den gesellschaftlichen Reichtum umzuverteilen. Und je weniger und länger dies nicht geschieht, desto mehr und öfter werden berechtigterweise die Waren aus eingeworfenen Ladenfronten geschleppt. Machen wir uns nichts vor. Dies wird auch immer begleitet sein von destruktiven Momenten.

Karl-Heinz Dellwo, der sich selbst eher kritisch gegenüber dem „kommenden Aufstand" geäußert hat, hat dabei eine weit solidarischere Haltung aufgemacht, als andere Linksradikale, die dem Krawall einen Heiligenschein verpassen wollen: „*Ich bin kein expliziter Freund dieser Riots, denn ich weiß, dass die, die ganz unten sind, lange brauchen, bis sie ihren wirklichen Feind kennen. Sie handeln in der Regel zuerst immer gegen falsche Feinde. Sie brauchen aber unsere Solidarität, weil sie sich zuerst vielleicht nur im Riot, in der Eruption bewegen und ausdrücken können – Bewusstsein, Identität entsteht in der Konfrontation. Sie haben ein Recht auf einen Lernprozess. Wenn ihnen in der Gesellschaft die Lern-Prozesse verweigert werden, mit denen sie eine selbstgesetzte politische Identität entwickeln können, dann müssen sie eben zugreifen und zuschlagen, wo sich eine Lücke bietet. Ich will sie verteidigen und solidarisch sein. Aber ich kann sie nicht abfeiern. Sie sind genauso Ausdruck der Zerstörung durch das System wie ebenso des noch unbegriffenen Wegs, um daraus zu entkommen. Nicht nur die äußeren gesellschaftlichen Verhältnisse stehen ihnen – und uns – im Weg, sondern auch die Verinnerlichung dieser Verhältnisse in uns. Es gibt keine radikale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen ohne die Kritik an uns selbst.*" (Quelle: http://www.bellastoria.de/publications/veranstaltung/der-kommende-aufstand-diskussion-zu-einem-pamphlet-ort-golem-hamburg)

London ist nicht nur eine Stadt in England und auch kein isoliertes Ereignis. Zeitgleich haben in Chile Schüler_innen und Student_innen gegen Studiengebühren revoltiert und in China gab es Krawalle gegen eine kapitalistische Entwicklung der Städte, die an den Interessen der Menschen vorbeigeht. Überall in der Welt bewegen sich derzeit die Menschen, gibt es Krawalle und Aufstände. Wir erleben eine Zäsur und gewaltige Umbrüche. Das Schanzenfest mag da nur eine sehr bescheidene Veranstaltung sein, doch es geht um etwas Ähnliches. Leben wir weiter in einer Welt der Ausgrenzung, Krisen, Kriege und der eruptiven Gewalt – oder beginnen wir, im globalen Maßstab eine solidarische Gesellschaft im Lokalen zu entwickeln?
Wer will, das sich Bilder mit brennenden Straßenzügen wie in London nicht entwickeln, darf keinen Deckel des Schweigens über die Gewalt, die uns umgibt legen, sondern muss solidarisch darüber diskutieren: Wie wenden wir die Destruktivität dieser Gewalt in positive Formen zur Herstellung von Verhältnissen, die frei von Gewalt sind. Auf der Straße, bei Protesten, Auseinandersetzungen und Demonstrationen, in Stadtteilversammlungen, besetzten Häusern oder wo immer sich die Menschen aufhalten und bewegen. Das Schanzenfest ist ein Beispiel für ein solches Bemühen und wir kennen wenige Veranstaltungen von ähnlicher gesellschaftlicher Breite.

Koalitionen der (Un)Zufriedenheit
Seit seiner Entstehung wird das Schanzenfest aus wechselnden Perspektiven kritisiert. Mal gilt es als zu kommerziell, mal als zu wenig szenig, dann wieder als Bauchnabelpolitik oder Viertelromatik. Einige bedauern, dass es nicht genügend organisierte Riots gibt, andere finden überhaupt blöde, wenn ein Pappkarton brennt. Unabhängig von solchen pauschalen Bezugnahmen, an denen aus der ein oder anderen Perspektive immer auch etwas Richtiges ist, muss mensch feststellen, dass es dem Fest immer wieder gelungen ist, einerseits seine politische Sperrigkeit und einen weitgehend unkommerziellen Charakter zu behalten, andererseits eine Veranstaltung über linksradikale Spektren hinaus zu sein, die für einen Tag die Hegemonie durchbricht und eigene Gesetzmäßigkeiten herstellt.

Das Fest ist dabei keine heile Welt und einem ständigen Wandel unterworfen. Natürlich begegnen wir dort zwangsläufig allen Widersprüchen, die uns auch woanders begegnen. Aber wir finden gut, dass diese auf die Straße getragen und sichtbar werden. Der Krawall, welcher nicht vom Fest gesucht, aber von der Polizei geliefert wurde und nun wohl dazugehört, ist dabei ein sperriges Moment, dass die völlige Einbindung des Festes als Standortfaktor in die Marke Hamburg durchaus erschwert.
Während das Fest allgemein anerkannt ist und ständigen Vereinnahmungsversuchen ausgesetzt ist, bildet sich immer öfter eine Koalition der Zufriedenen, die meint, den Unzufriedenen die Zugehörigkeit absprechen zu können. In der Figur auswärtiger oder jugendlicher Randalierer vs. feiernder Anwohner_innen und Florist_innen bilden sich jedoch nicht die Ereignisse auf der Straße, sondern vor allem sicherheitsgesellschaftliche Denk- und Herrschaftsmuster ab.

Perspektiven des Schanzenfestes
Der Schlüssel der weiteren politischen Entwicklung des Festes liegt unserer Meinung nach nicht in einer Planung entlang der Frage von nächtlichen Krawallen oder einem höheren Militanzniveau. Dass es einen recht offensichtlichen Zusammenhang zwischen polizeilichem Einschreiten und der Intensität von Auseinandersetzungen gibt, haben die letzten Jahre gezeigt. Je agressiver und früher der abendliche Angriff der Polizei, desto heftiger und entschlossener die anschließenden Riots. Die eher lauen Sommerabendkrawalle in diesem Jahr waren grade gut genug fürs Fernsehen. Alle anderen haben es mehr oder weniger entspannt verfolgt.

Es ist ein politischer Erfolg, dass der unangemeldete und selbstorganisierte Charakter des Schanzenfestes trotz verschiedener Angriffe und angedrohter Verbote in den letzten Jahren immer wieder verteidigt werden konnte. In diesem Jahr haben sich ca. 400 Stände und vermutlich mehrere 10 000 Menschen beteiligt. Die Straße war neben einigen kommerziellen Ständen, die als Begleiterscheinung wohl kaum zu vermeiden sind, vor allem geprägt von einem Anwohner_innenflohmarkt und politischen Ständen. Der Praxis der polizeilichen Überfälle konnte begegnet werden und das defensivere, wenngleich immer noch eskalierende, Polizeikonzept vom Wochenende ist eine Folge hiervon. Selbst die Einrichtung eines Gefahrengebietes wurde im Gegensatz zu den letzten Malen zu einem eher symbolischen Akt.

Es geht vor diesem Hintergrund nicht darum, als Veranstaltung größer oder erfolgreicher zu werden, sondern darum, dass mehr Menschen aus der radikalen Linken den Tag des Festes als Aufklärungs-, Mobilisierungs- und Interventionsort begreifen und nutzen. Denn vor allem am Tage entscheidet sich, wie politisch und wie wirkungsvoll das Fest als politischer Ort in den nächsten Jahren sein wird. Dazu bedarf es allerdings, den Standort einer beobachtenden Passivität zu verlassen. Der erwartungsvolle Blick in die Nacht, wie das Kaninchen auf die Schlange, verstellt eher die sich bietenden Möglichkeiten für Aktionen und Interventionsformen. Hausbesetzungen, Umzüge oder Markierungen von Leerstand sind einige Beispiele.

Über diese Fragestellung zum Schanzenfest, über die Funktion der Sicherheitsgesellschaft sowie über die Begriffe „repressive Toleranz“ und „moralische Intervention“ lohnt dann auch eine Diskussion, beispielsweise auf der nächsten Autonomen Vollversammlung am 15.9. in der Roten Flora oder zum Beispiel in Medien wie der zeck und der interim.

titanic blubb 2,5 – ein Zusammenhang aus dem Umfeld der Roten Flora

(D eser Text st e ne gekürzte und e cht überarbe tete Vers on e nes Art ke s, den w r n der Woche nach dem Schanzenfest auf ndymed a veröffent cht haben. W r haben e n ge Bezugnahmen auf dort ge Debattenbe träge sow e e n ge Komment erungen zum Ver auf des etzten Schanzenfestes herausgenommen, um den Text e nem druckbaren Format anzupassen und se ne über das konkrete Ere gn s h nauswe senden Aspekte für e ne we teren D skuss on hervorzuheben.
http://de. ndymed a.org/2011/08/314614.shtm)

Dokumentation

Erfahrungsgebiete ausweiten

Im Ansch uss an das d esjähr ge Schanzenfest haben w r a s Be trag zur Auswe tung des po ze ch ausgerufenen Gefahrengeb ets d e Po ze wache n R ssen m t Ste nen angegr f fen.

W r g auben, dass das Schanzenv erte e n Ort se n kann, an dem d e repress ve kap ta st sche Stadtentw ck ung themat s ert und angegr ffen w rd. D e Lebensbed ngungen n Hamburg sp tzen s ch zusehends zu und w r s nd n cht gew t, das w derspruchs os h n zunehmen. D e po t sch po ze che Prax s des temporären Ausnahmezustandes n Form der Gefahrengeb ete w rd unseren Drang nach Revo te n cht stopppen.Ste gende M eten, Vertre bung und d e Gewa t der Ökonom e best mmen unseren A tag. Und doch hängt d e Konfrontat on n ch vom b oßen W derw en ab, sondern auch von der Freude. D e Freude zu bekräft gen, dass w r ebend g s nd, dass s ch unsere Wege trotz der herrschenden Entfremdung noch mmer kreuzen und dass d e Mög chke ten, Banden von So dar tät zu knüpfen n ema s vö g veschw nden.

Im Schanzenv erte und übera : D e Revo te auf d e Straße tragen! Auch w r schre en: "We not gonna take t ... anymore!"

Eine autonome Kleingruppe vonvielen



DOKUMENTATION:

Die Hochschule der Polizei Hamburg wurde kürzlich durch die Polizeischiessanlage für 29,9 Millionen Euro erweitert. Diese bedarf für Unterhalt und Bewirtschaftung jährlich weitere 2 Millionen Euro. Doch die Politik einer Stadt, die Geld für mehr vermeintliche Sicherheit und Überwachung, HSH-Nordbank und Elbphilharmonie ausgibt und stattdessen im sozialen und kulturellen und Bildungsbereich Gelder streicht, muss angegriffen werden.

Wir haben uns diesen Ort ausgesucht, da dort diejenigen ausgebildet werden, die als Büttel des Staates versuchen, uns den Weg im Kampf um ein selbstbestimmtes Leben zu versperren.
Seit das Schanzenfest angemeldet stattfindet, ist es der Stadt ein Dorn im Auge und ein Angriffspunkt der Bullen. Immer wieder spielen sie dort ihren sogenannten Grosskampftag mit Pfefferspray und Wasserwerfereinsätzen, Kontrollen von Teilnehmer_innen des Festes und Erteilung von Platzverweisen. Auf geringfügige Ordnungswidrigkeiten wird mit überzogenen Räumungseinsätzen reagiert, die keinen anderen Schluss zulassen, als dass es darum geht, selbstbestimmte politisch-kulturelle Praxis zu stören und das Schanzenfest öffentlich in ein negatives Licht zu stellen.
Auch in diesem Jahr ist mit Provokation und Einschüchterungsversuchen seitens der Stadt und ihrer Büttel zu rechnen. Wie am 1. Mai dieses Jahres wird das Schanzenviertel mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder zum Gefahrengebiet erklärt. So kann der gesamte Bereich durch sogenannte verdachtsunabhängige Kontrollen und Platzverweise kurzerhand unter Polizeihoheit gestellt werden. Mit dieser Aushebelung rechtlicher Mindeststandards zu Gunsten einer autoritären Gesellschaft liegt Hamburg voll im innerpolitischen Trend. Auch hier in der Schanze wird das öffentliche Leben durchökonomisiert! Privatisierung öffentlicher Räume, Ausbreitung der Aussengastronomie, repressive Vertreibung von Bettler_innen und Drogenszene. Ärmere Bevölkerungsschichten werden durch überhöhte Mieten und den Bau von immer mehr Eigentumswohnungen und Cafés vertrieben. Demonstrationen, die in Bullenkessel laufen müssen, werden genauso als Normalität hingenommen, wie rassistische Kontrollen.
Auch wenn die „Aufwertung“ des Schanzenviertels weitestgehend abgeschlossen ist, bedeutet das selbstverwaltete Viertelfest eine Intervention und ein temporäres (Wieder-)Aneignen des öffentlichen Raumes. Und das macht das Fest für uns wichtig und richtig und verteidigungswürdig!
Unser Beitrag ist ein Angriff auf diejenigen, die die Konzepte zur Verdrängung und Gentrifizierung durchprügeln, einschliesslich ihrer Infrastrukturen.
Wer glaubt ein massiver Bulleneinsatz oder die Ausweisung von Gefahrengebieten würde das Schanzenfest verhindern oder befrieden, befinden sich auf einen gefährlichen Irrweg autoritärer Sicherheitsdiskurse.

Wer Bullen sät, wird Riots ernten!

Einige Unterstützer_innen des Konzeptes: „We're not gonna take it – anymore“

Mietenwahnsinn stoppen – Wohnraum vergesellschaften

Demonstration - 29.10.2011, 13 Uhr - Millerntorplatz (U-Bahn St. Pauli)



Knapp ein Jahr nachdem 5.000 Menschen mit der Forderung „Leerstand zu Wohnraum“ auf die Straße gingen, müssen wir feststellen: Ein grundlegender Kurswechsel in der Hamburger Wohnungspolitik ist nicht erkennbar. Die Mieten steigen stadtweit auf unerträgliche Höhen, oftmals als Folge von Umstrukturierungsprozessen. Der Bedarf an günstigem, zentralem Wohnraum nimmt weiter zu. Neu gebaut werden nur hochpreisige Miet- und Eigentumswohnungen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse von Anwohner_innen. Noch immer stehen auch 1,4 Millionen Quadratmeter Büroraum ungenutzt leer. Menschen die schon lange in ihrer Wohnung leben, wagen keinen Umzug, da sie sich die neue Miete nicht werden leisten können. Obdachlose, Migrant_innen und Menschen mit geringem Einkommen werden, falls sie überhaupt Wohnraum finden, in verschimmelte Wohnungen in Wohngegenden gedrängt, die sie sich nicht aussuchen können.

Keine Mieterhöhungen durch den Mietenspiegel

Mit Erscheinen des Mietenspiegels im November wird den Vermieter_innen erneut die Möglichkeit geboten, weiter an der Mieterhöhungsspirale zu drehen, und das sogar gesetzlich begründet. Die wild zusammengeschusterte, angeblich wissenschaftliche und neutrale Berechnungsbasis des Mietenspiegels führt stets nur zu weiteren Erhöhungen der Vergleichsmieten. Der Mietenspiegel, einst gedacht als Instrument, um die Situation der Mieter_innen zu erleichtern und zu verbessern, ist zu einem Instrument der finanziellen Ausbeutung geworden. Zusätzlich zu den ohnehin gestiegenen Energiekosten, werden sich viele die den „ortsüblichen Vergleichsmieten“ angepassten Mieten nicht mehr leisten können.

Mietobergrenze jetzt

Um den Mietenwahnsinn in Hamburg zu stoppen, fordern wir, unverzüglich eine allgemeine Mietobergrenze, weit unterhalb der derzeitigen Durchschnittsmiete, einzuführen. Gesellschaftlich benachteiligten Gruppen muss der vorrangige Zugang zu Wohnraum gezielt ermöglicht werden. Der unsozialen Vorenthaltung von bestehendem Wohnraum muss aktiv entgegengewirkt werden, indem Besetzungen ungenutzter, leerstehender Gebäude nicht weiterhin kriminalisiert, sondern gesellschaftlich wie politisch akzeptiert und unterstützt werden. Der Neubau oder Abriss von Wohn- oder Gewerberaum darf nur unter gleichberechtigter Mitbestimmung und nicht gegen den Willen der Anwohner_innen umgesetzt werden.

Wohnraum vergesellschaften

Wir haben eine andere Vorstellung von Wohnungspolitik als die Immobilien-Verwertungskoalition aus Politik und Wirtschaft. Wohnraum ist für uns keine Ware, sondern ein öffentliches Gut, das wir zum Leben brauchen. Eine grundsätzliche Veränderung ist notwendig: Wohnraum muss dem profitorientierten Markt entzogen und allen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Vergesellschaftung von Wohnraum heißt für uns, dass die Frage, wer wo wohnen kann, nicht länger von den finanziellen Ressourcen der einzelnen abhängt. Entscheidungen über Nutzung, Umgestaltung oder Schaffung von Wohnraum müssen von den Mieterinnen und Mietern selbst getroffen werden.

Die geplante Veröffentlichung des Mietenspiegels im Herbst nehmen wir zum Anlass, unsere Wut und Empörung über die Hamburger Wohnungspolitik auf die Straße zu tragen und unsere eigenen Vorstellungen vom Wohnen und Leben in einer Gesellschaft gleichberechtigter Menschen durchzusetzen.

Mietenwahnsinn stoppen

Aufrufcluster der Kampagne „Flora bleibt unverträglich“

Die Stadt gehört allen!

Günstiger Wohnraum ist in Hamburg Mangelware. Die Mieten schießen in die Höhe und die Verdrängung schlechter gestellter Bevölkerungsgruppen ist in vollem Gange. Einmal mehr wird deutlich: Der Markt besitzt keine heilenden Kräfte und von der etablierten Politik war und ist im Kapitalismus nichts zu erwarten, wenn es um eine offene und solidarische Gesellschaft geht, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert.

Unter der globalen Vorherrschaft des Neoliberalismus tobt eine Schlacht, in der Konkurrenzdenken und Standortwettbewerb bestimmend sind. Die Städte, in denen wir leben, sind ein zentrales Terrain dieser Auseinandersetzung. Auch die aktuellen Wohnungsbauprogramme des SPD-



Senats tragen diese Signatur. Angesichts der katastrophalen Wohnraumsituation sind sie eine Farce und bedienen vor allem die Mittelschichten, die Hamburg im Wettbewerb der Metropolen ganz nach vorne spülen sollen. Alle anderen sind in dieser Rechnung egal oder werden zum Problem erklärt.
Doch diese Rechnung geht nicht auf, denn die urbanen Räume entsprechen nicht der harmonischen Farbenlehre der Hochglanzbroschüren. Sie sind Orte, an denen sich Unterschiedlichkeiten verdichten und die geprägt sind von der gespenstischen und materiellen Anwesenheit aller. Das Raunen in den Fugen des Stadtgewebes macht deutlich: Die Stadt sind wir alle!
Dies ist kein Problem der Theorie oder des Appells an die Obrigkeit. Es ist die Frage einer selbstbestimmten Praxis der Vergesellschaftung. Wir machen uns selbst zu den Totengräber_innen der prekären Ökonomie und der Immobilienblasen und treten der repressiven Stadtentwicklung entgegen. Stadt selbst machen bedeutet, die Bedürfnisse aus den vermeintlichen Sachzwängen und den Nischen des Alltags zu befreien und sich den städtischen Raum anzueignen. Vergesellschaftung in diesem Sinne ist keine Verstaatlichung. Sie meint einen Prozess selbstbestimmter Kollektivierung, der nicht darauf abstellt, private Besitztümer von A nach B zu verschieben, sondern eine solidarische Gesellschaft zum Ziel hat.
Wenn wir uns den städtischen Raum nehmen, dann in der Perspektive der Aneignung. Wie viel Wohnraum sind eigentlich 1,4 Millionen Quadratmeter Bürofläche?

Kampagne „Flora bleibt unverträglich"

Dokumentation

solange eine studentin sich eine eigentumswohnung für 470.000 euro kaufen kann, während ein hartz IV empfänger aus dem schanzenviertel fortziehen muss und solange noch eine obdachlose unter brücken schlafen muss, solange werden wir für ein recht auf stadt für alle kämpfen!
Iin der nacht vom 14. auf den 15. august haben wir den treppen- und eingangsbereich der eigentumswohnungen am kleinen schäferkamp mit steinen und farbe attackiert.

gegen die gentrifizierung des schazenviertels! für mehr selbstverwaltete stadtteilfeste!

einige freund_innen des schanzenfestes





MEHR ALS EIN VIERTEL

Wir müssen es endlich mal in aller Deutlichkeit sagen ...

Ganze zwei Jahre ist es inzwischen her, dass wir mit Sack und Pack in die leerstehenden, vermodernden Häuser des Gängeviertels eingezogen sind. Damals waren die letzten Reste dieses historischen Quartiers eigentlich schon dem Untergang geweiht und die Verträge, die hier wie fast überall in der Innenstadt seelenlose Bürobauten herbeisehnten, unterschrieben. Wir luden unzählige Menschen ein, um sich unsere Ideen anzuhören, das Viertel zu entdecken, die Kunst und Kultur zu erleben, die hier geschaffen wurde oder, um einfach nur ein paar schöne Stunden gemeinsam zu verbringen. Gleichzeitig retteten wir die Häuser so gut es ging vor dem weiteren Verfall, verhandelten mit der Stadt und schafften so das eigentlich Unmögliche: Wir blieben hier.

Zehntausende Hamburger sind unserer Einladung gefolgt und ohne die Unterstützung so vieler Menschen, wäre es uns niemals gelungen diese 12 Häuser zu erhalten, die nun wie ein Biotop zwischen den um uns herum aufragenden Glasfassaden liegen. Aber von Anfang an ging es uns um mehr, als nur ein Stückchen der historischen Stadt zu erhalten und endlich den Zyklus aus Aufwertung und Vertreibung zu durchbrechen, der unsere Leben zuvor geprägt hatte. Es ging und geht um die Idee einer ganz anderen Stadt. Einer Stadt, die nicht nach Standortinteressen und Verwertbarkeit durchorganisiert wird, sondern die das Leben ihrer Bewohner bereichert und aus mehr besteht als trostlosen Arbeitsplätzen, überteuerten Mietshäusern und seelenlosen Shoppingzonen. Die Idee Gängeviertel ist mehr als nur ein Viertel.

Viel ist in der Stadt passiert in den vergangenen zwei Jahren. Mit dem Aufschrei „Not in our Name" begehrten Künstler und Kulturschaffende gegen ihre Rolle als Feigenblatt der Marke Hamburg auf und unter dem Dach von „Recht aus Stadt" fanden sich unterschiedlichste Menschen und Initiativen aus allen Teilen der Stadt zusammen,

um ihre Interessen und ihre Ideen für ein anderes urbanes Leben zusammenzutragen, auszutauschen und durchzusetzen. Durch ihre beherzten Aktionen und kreativen Konzepte entstand überall in der Stadt der Nährboden, auf dem eine neue Form der Metropole wachsen könnte. Diese neuen Entwicklungen verbanden sich mit dem bereits Bestehenden, der Roten Flora, der Hafenstraße, den Falkenried Terrassen und den unzähligen Wohn- und Sozialprojekten, die schon seit Jahrzehnten kraftvolle Gegenentwürfe zur Investorenhörigkeit und der Politik der Höchstgebote aufzeigten und lebten. Wir verhandelten mit der Politik, brachten unsere Ideen ein und hofften darauf, einen Lernprozess in Gang bringen zu können, der auch in der Regierung zu der Erkenntnis führen würde, dass es mehr als nur ein Viertel braucht, um diese Stadt lebenswert zu halten.

Heute, fast 1.000 kostenlose Ausstellungen, Konzerte, Debatten, Volksküchen, Theaterdarbietungen, Lesungen, Konferenzen und 200.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden später, sollen wir wieder als Bittsteller vor den Stadtoberen auftreten, denn schließlich wird uns ja die Gnade gewährt, überhaupt hierbleiben zu dürfen. Wir stellen uns die Frage wie viel wir der Politik denn noch vorlegen sollen nachdem wir das Konzept erarbeitet haben, das umgesetzt werden soll, die zugehörige Genossenschaft auf die Beine gestellt haben, die Häuser instandhalten und ein Programm anbieten, das die nie hinbekommen würden, mit dem sie aber liebend gerne international werben. Für uns geht es hier um mehr als die Aufhübschung der Wohnraumstatistik und die Banalität von Verwertungsinteressen. Es geht hier um eine Freiheit, die Kultur ermöglicht und Menschen, die sich dieser Verantwortung stellen. Doch diese Menschen brauchen dafür auch etwas: Verlässlichkeit, Respekt und Toleranz.

Wenn wir heute auf das Dach der Fabrik im Herzen des Viertels und in der Mitte der Stadt steigen und unseren Blick unter den tiefhängenden, grauen Wolken des Hamburger Sommers über die Dächer Hamburgs schweifen lassen, wird unsere Aufmerksamkeit zunächst auf die gewaltige Sprechblase über dem Rathaus gelenkt, aus der die Worthülsen „Bürgerbeteiligung", „soziale Stadtentwicklung" und lange Vorträge über die Amoralität von Leerstand in einer Stadt, in der 20.000 Wohnungen fehlen, herausquellen. Die Produkte der Phrasendrescher klatschen in der Stadt auf eine Realität, die mit den schönen Worten nicht so recht zusammenpassen will. Viel wurde versprochen von den Wahlkämpfern und Machtpolitikern, doch wann werden sie wohl kommen die 6.000 jährlichen Wohnungen oder die entschlossene Initiative gegen den Leerstand der Spekulanten? Auf der anderen Seite der Stadt können wir in der Juliusstrasse oder an der Altonaer Finanzbehörde und der Rindermarkthalle noch deutlich die Spuren betrachten die Schlagstöcke und Pfefferspray bei denjenigen hinterlassen haben, die mutig genug waren, die empörten Reden gegen den Leerstand tatsächlich für voll zu nehmen und versucht haben der Stadt mehr als nur ein Viertel zu schenken. Ein Blick auf den Leerstandsmelder genügt uns, um klarzuwerden, dass es hier nicht am Raum mangelt sondern am Willen.

Während von unten das Stimmengewirr der Menschen zu uns heraufdringt, die Woche für Woche eine der zahllosen Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen, Lesungen oder ein Konzert bei uns besuchen, schweift unser Blick weiter nach St. Pauli, wo momentan sogenannte Wahrzeichen im Minutentakt errichtet werden. Die tanzenden Türme verschandeln bereits jetzt einen Großteil des Blickes über den Kiez passen sich aber gut in die anderen, weitgehend leerstehenden, trostlosen Türme des neuen St. Pauli ein. Zu ihren Füßen kämpfen derzeit die Bewohner des Viertels in den Esso-Häusern oder an der Bernhard-Nocht-Straße darum, in ihrem Zuhause bleiben zu können. Denn auch für sie ist St. Pauli eben mehr als nur ein Viertel.

Es bleibt auch die Frage: Wo sollen die Menschen denn hin, wenn sie gehen müssen? Bis weit in die Vororte sehen wir sie bei Wohnungsbesichtigungen Schlange stehen und wie Mietpreise mühelos immer neue Rekordmarken reißen. Auf der anderen Seite stehen Verantwortliche, die sich eine originelle Strategie einfallen lassen, um die Wohnungsnot zu beheben: Sie streiten kaltlächelnd ab, dass es sie gibt. Die jahrelang verfehlte Stadtpolitik hat ihre Spuren in den Straßen hinterlassen, sie tragen die Firmenlogos der Makler und preisen großräumige, multifunktionale Büros an jedem zweiten Haus an, doch es fehlt wohl an Abnehmern. Dennoch werden weiter tausende von Quadratmetern Bürofläche hingeklotzt, ein Blick in den Süden Richtung Hafencity beweist es uns. Über dem klinisch toten Stadtteil thront wie ein Mahnmal das Millionengrab der Elbphilharmonie, dass uns daran erinnern soll wer hier das sagen hat und für wen die Stadt eigentlich da ist. Wir dürfen ein bisschen mitspielen, wenn wir artig sind. Aber mehr als ein Viertel soll es nun wirklich nicht sein.

Geht unser Blick wieder nach Norden sehen wir wie die Stadt sich selbst und mit der Binnenalster ihr Herzstück an die überdimensionale Badenixen-Gummipuppe eines Kosmetikherstellers verscherbelt, während nur wenige Meter weiter die SexarbeiterInnen aus St. Georg vertrieben werden, weil sie das angeblich saubere Stadtbild verschandeln würden. Überall in der Stadt sprießen ständig neue Massenevents für die Tourismusindustrie aus dem Boden, ob nun Schlagermove oder Harley Days, während alle Jahre wieder um das Schanzenfest, dass als große Ausnahme tatsächlich von den Bewohnern des Stadtteils selbst geschaffen wird, ein unbeschreibliches Theater gemacht wird. Öffentliche Räume wie der Spielbudenplatz werden teil-privatisiert und den Sicherheitsdiensten überlassen, obwohl ein Projekt wie Park Fiction zeigt, dass es auch ganz anders und sehr erfolgreich laufen kann.

Wir wenden den Blick ab. Wir haben genug gesehen und doch haben wir viel zu lange zugesehen. Wir steigen die rostige Feuerleiter hinab in die Gänge. Treffen unsere Freunde, unsere Gäste, euch, Menschen, die so denken und fühlen wie wir und die zu uns kommen, um wenigstens einige Stunden dem Irrsinn da draußen zu entfliehen und eine Alternative zu (er-)leben. Auf dem Weg nach unten denken wir daran zurück, dass noch vor hundert Jahren die Gängeviertel weite Teile der Innenstadt bedekkten und fragen uns ob nicht auch heute die Lebendigkeit und die Ideen aus dem Viertel in die Straßen der Stadt strömen könnten wie damals durch die schmalen Gassen und Höfe? Wir brauchen mehr, viel mehr als nur ein Viertel. Seid ihr dabei?

Wir haben sehr wohl wahrgenommen, dass die Politik aus dem Geschehen der letzten Jahre gelernt hat, und zwar vor allem Eins: Ihre Rhetorik zu verbessern. Viel wurde bisher versprochen und angekündigt. Die allein regierende SPD tut so als hätte sie verstanden was in der Stadt los ist, nur handelt sie bisher nicht. Gleichzeitig können wir im noch von Schwarz/Grün in Auftrag gegebenem Kommunikationskonzept von Fischer-Appelt zum A7-Deckel mal ganz ungeschminkt betrachten als was wir hinter den Kulissen wirklich wahrgenommen werden. Anstatt das Interesse der Bürger an der Entwicklung ihrer Stadt ernst zu nehmen und als Chance zu begreifen, werden diese als destruktive und nach Möglichkeit auszuschaltende Störenfriede gesehen. Ein breites Arsenal von Mitteln steht dazu bereit, die öffentliche Wahrnehmung zu manipulieren, von pro-aktiver Pressearbeit, über die Einbindung von Multiplikatoren und

deeskalierender Information bis hin zu einheitlichen Sprachregelungen. Wie wäre es denn damit, den Menschen einfach mal zuzuhören und ihre Anliegen ernstzunehmen? Sei es in der neuen Mitte Altona, in den Schrebergärten, auf St. Pauli, vor der Flora, in Wilhelmsburg, im Gängeviertel, am Hansaplatz, in der Schanze und überall in Hamburg. Wir sehen über die Grenzen unserer Stadt hinaus in die Welt und es wird immer klarer, dass es mit einem einfachen „weiter so" nicht mehr getan ist. Von Tel Aviv, Buenos Aires, Madrid, Athen und Kairo geht die Aufkündigung des bisher geltenden Konsens aus, der die Unterordnung allen gesellschaftlichen Lebens unter das Primat der Ökonomie fordert. Wir versuchen hier vor Ort an vergangene Kämpfe und aktuelle Ereignisse anzuknüpfen, um etwas zu bewegen. Etwas das versucht, Freiheit zu gestalten, Verantwortung zu tragen.

Wir haben die Schnauze voll von den Lippenbekenntnissen der Politik, die dann doch bei jeder sich bietenden Gelegenheit versucht, uns zu spalten, zu manipulieren oder, durch fingierte „Bürgerbeteiligungen" und Verträge, über den Tisch zu ziehen. Was kann denn so schwer daran sein, den Menschen wieder die Verantwortung über ihr Lebensumfeld, ihre Stadt zurückzugeben? An jeder Ecke wird von uns Eigenverantwortung eingefordert. Wir wollen sie, die Selbstverwaltung, die Verantwortung für das was uns am direktesten betrifft. Denn die Stadt gehört uns! Die Stimmen, die sich erhoben haben und die vielen kleinen Keimzellen aus denen ein anderes Zusammenleben entstehen wird sind sehr real und werden nicht einfach wieder verschwinden. Seht es endlich ein!

Wir stehen gegen die Stadt, die auf den Fundamenten von Investorenträumen und Konsumzwang Ausgrenzung, Verdrängung und Segregation vorantreibt und für eine Stadt, die von unten, von ihren Bewohnern und für sie selbst gestaltet wird. Schafft mehr als ein Viertel – nehmt euch die Stadt!

Gängeviertel, August 2011

Und was geht eigentlich im Gängeviertel?

Nachdem dem Gängeviertel durch das Auseinanderbrechen des schwarz-grünen Senats der Verhandlungspartner abhanden gekommen war, ist es im letzten Winter sehr still geworden um die Zukunft des Quartiers. Die Politik war genug mit sich selbst beschäftigt. Mit der neuen SPD-Regierung wurden nun vor einigen Wochen die Verhandlungen wieder aufgenommen. Dieser Text soll einen Überblick über den Stand der Verhandlungen und die Perspektiven für die Zukunft bieten.
Im Frühjahr und Sommer letzten Jahres hatte die Initiative „Komm in die Gänge" zusammen mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) ein „Integriertes Entwicklungskonzept" (IEK) auf Basis ihres Zukunftskonzepts von April 2010 erarbeitet. Das im September fertig gestellte IEK sollte die Roadmap für die Sanierung darstellen und die Möglichkeit für die Ausweisung eines Sanierungsgebietes eröffnen, um die von der Stadt veranschlagten 19 Mio. Euro Sanierungskosten zu einem Teil aus Fördermitteln decken zu können. Die Höhe dieser Fördermittel ist allerdings nach wie vor unklar. Im Zuge der Einrichtung des Sanierungsgebietes soll ein Sanierungsträger eingesetzt werden, der gleichzeitig als Treuhandverwalter des städtischen Vermögens fungiert. Die Stadt Hamburg hat festgelegt, dass die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft (steg) der einzige Sanierungsträger ist, der städtisches Vermögen treuhänderisch verwalten darf. Dieses Alleinstellungsmerkmal wurde weder begründet noch jemals zur Debatte gestellt. Die Rolle der Steg als Sanierungsträger, Treuhandverwalter, Planer, Architekt und Verwalter wird zwangsweise zu Konflikten führen, die durch eine ausgewogene Verteilung auf alle Beteiligten zu verhindern wären.
In Ergänzung zu den technischen Lösungen des Entwicklungskonzepts legte das Gängeviertel dem alten Senat, als Voraussetzung für die Zustimmung zum IEK, eine Rahmenvereinbarung vor, die ungeklärte Fragen hinsichtlich der Selbstverwaltung und der Beteiligung im Verfahren sowie die Übernahme des sanierten Quartiers durch die inzwischen gegründete Gängeviertel Genossenschaft regeln sollte. Diese Vereinbarung bildet die notwendige Grundlage für ein Fortbestehen unseres Kollektivs, unseres Kulturprogramms und des gewachsenen, lebendigen Ortes, der das Gängeviertel inzwischen ist.
Ein Gegenvorschlag der BSU in Form eines Kooperationsvertrags wurde in den letzten Verhandlungen von uns überarbeitet und nun liegt ein Entwurf vor, der allen Seiten gerecht wird, doch Jutta Blankau, die neue Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, lehnte die Unterzeichnung rundweg ab. Das IEK soll nun durchgesetzt werden wie es ist. Inzwischen fast zwei Jahre Kulturprogramm, mit unzähligen Ausstellungen, Konzerten, Lesungen, Diskussionen und das lebendige Miteinander mitten in der Einöde aus leerstehenden Bürogebäuden der Innenstadt werden wieder einmal von der altbekannten Mentalität es neuen Senats bedroht.
Unser Wert ist weiterhin nur der Mehrwert und die politische und kulturelle Aktivität der ehrenamtlich arbeitenden Initiative mit ihren vielen Facetten. Diese scheint allerdings für die politisch Verantwortlichen nicht zu existieren. Die aus der Opposition heraus propagierten Rufe nach Stadtplanung von unten sind längst verstummt und die durch Olaf Scholz in Aussicht gestellte „moderne Stadt" scheint sich tatsächlich an dem vergangenen Jahrhundert zu orientieren. „Labore, in denen ausprobiert werden kann, was sich anderswo noch niemand traut" könnte es schon lange geben, nicht nur im Gängeviertel.
Wir gehen nun in die entscheidende Verhandlungsrunde und werden der Stadt sowie der Öffentlichkeit noch einmal alle Argumente für eine Trennung von Planung und Finanzierung der Sanierung, für die Selbstverwaltung des Gängeviertels und für ein rechtlich tragfähiges Konstrukt zur Übernahme der Verwaltung durch unsere Genossenschaft darlegen und eine dementsprechende Änderung der Kooperationsvereinbarung erwirken.
Wenn Frau Blankau nun in der BILD verkündet die Stadt hätte weitreichende Zugeständnisse gemacht und warte nur auf die Gegenzeichnung ihres Kooperationsvertrags, dann fragen wir uns doch ernsthaft, ob der Senat wirklich ein Interesse an einem fairen Umgang mit Künstlern, Kreativen, gewachsenen Strukturen und den Problemen der aktuellen Stadtentwicklung hat oder ob das Gängeviertel und das aktuelle Aufbegehren in der Stadt nur als weiterer potentieller Standortfaktor für die Marke Hamburg betrachtet wird. Denn dann bliebe uns nur wieder zu sagen: „Not in our Name"!

Die Empörung

Ja wo sind wir denn? Ja was soll das denn?
Seit zwei Jahren machen wir Programm, fast 1000 Veranstaltungen. Eintritt frei. Für jeden der Interesse hat. Breitestes kulturelles Angebot. International. Debatten, Diskussionen, zeitgenössische Musikdarbietungen, Theater, Ausstellungen, Leibspeisen, Nachtische, Lesungen, Konferenzen. Ein Lachen und Weinen auch. Schwielen an den Händen und manchmal auch'n Kater.
Sind Anker für die Suchenden, Obdach für die Zweifelnden, bilden die neue Identität des Ortes. Entwickeln Strahlkraft, beherbergen Gäste aus allen Kontinenten.
Und nun das!
Nun denkt die Politik, sie kann hier eben mal die Statistik der neu geschaffenen Sozialwohnungen verschönern und das war's. Sie trennt Inhalt und Form. Herrschaft wie-

der wie im Dudezfürstentum.

Das kann man doch mit uns nicht machen!

Wir sind lebendig. Für jede Schablone zu groß. Unser Sein unterwirft sich nicht den Statistiken. Inhalt und Form bilden ein Gemeinsames. Daraus entsteht Leben, Urbanität. Das ist mehr als die Banalität der Bodenverwertungsinteressen. Das ist Stadt. Ja haben die denn nichts gelernt? Nichts verstanden?

Wozu reden wir denn die ganze Zeit? Ist nichts mehr übrig von dem urbanen Viertel, das doch vorgeblich alle wollten? Ihr Fokus wird bestimmt von der Anzahl der Ruhestörungen.

Was ist denn mit dem „bürgerlichen Engagement“? Warum hat man vergessen, wie alles anfing, welche Lösungen es gab und gibt? Muss man denen denn immer wieder alles von vorn neu vorbeten?

Stadt ist mehr als Herrschaft in paternalistischem Gewand. Das Modell hat ausgedient. Hier geht es um eine Freiheit, die Kultur ermöglicht und Menschen, die sich dieser Verantwortung stellen. Die brauchen dafür auch etwas. Verlässlichkeit, Respekt und Toleranz.

Wird das versagt, dann ist Tottenham nicht mehr weit. Alle wissen das. Nur Frau Blankau nicht. Sollte sie doch mal ihre eigenen Studien lesen. Oder sollen wir ihr die vorlesen? Machen wir glatt. Kommen Sie vorbei, wir lesen Ihnen die Leviten!! Aber dann war‘s das auch mit der Nachhilfe.

Wir sind keine Bittsteller, die sich Bedingungen diktieren lassen. Wir wollen hier gestaltend leben! Und das werden wir, auch wenn der Horizont bei einigen mit dem Doppelcarport aufhört. Das reicht nicht. Stadt ist mehr! Deswegen rufen wir: Frau Blankau, das ist eine Sechs! Setzten!!!

Mehr als ein Viertel … Gängeviertel

das Gängeviertel - eine gelebte Vision

Offenheit ist ein zentraler Bestandteil unserer Idee von einem lebhaften innerstädtischen Quartier. Denn Stadt lebt nicht durch Grenzen und Ausschluss, sie lebt von Beteiligung und Bewegung. Stadträume brauchen Freiräume. Für kulturelle und soziale Entfaltung, für neue Stadt- und Lebenswirklichkeiten. Für Menschen, die miteinander leben und arbeiten wollen. Hierfür ist das Gängeviertel eine Plattform, ein Ausgangspunkt für ein anderes Verständnis von Stadt. Dabei existieren die unterschiedlichsten Kunst- und Kulturansätze parallel und befruchten sich gegenseitig – denn Beständigkeit und Wandelbarkeit sind uns gleichermaßen wichtig. Wir wollen der ansässigen Brautkleid-Schneiderin ebenso Raum geben wie dem Istanbuler Künstler auf Studienreise. Wir wünschen uns außerdem, dass im Gängeviertel Menschen einen Ort finden, die nicht mehr zu träumen gewagt hätten, sich jemals eine Wohnung in der Innenstadt leisten zu können.

In der Zukunft wird das Viertel mehr und mehr wachsen: von einer gemeinsam nutzbaren Fotowerkstatt bis zu Grünflächen an der Speckstraße. Vom integrativen Gemeinschaftsatelier bis zur offenen Theater-Probebühne. Wir werden öffentliche Flächen mit ortsbezogenem Wohnen und Tätigsein verbinden. Das Viertel soll ein Möglichkeitsraum sein. Die Stadt soll endlich wieder von jenen gestaltet werden, die in ihr leben.

Unsere Vorstellung vom Zusammenleben ist geprägt von dem Wunsch, ein permanentes Experimentierfeld zu sein für neue Formen einer lebenswerten und gleichberechtigten Gemeinschaft. Die Bewohner sollen miteinander entscheiden, wie sie ihr Leben und ihr Umfeld gestalten wollen – in sozialen, kulturellen und ökonomischen Fragen. Wir haben Entscheidungsstrukturen entwickelt, in denen alle Aktiven ihrer Stimme Gehör verschaffen können. Grundsätzliches beraten wir in kollektiven Gremien, Spezifisches in Arbeitsgruppen. Wir schaffen Atelierräume und Werkstätten, in denen die Bewohner des Viertels ihre künstlerischen und kulturellen Vorstellungen Wirklichkeit werden lassen können: Gemeinschaftsateliers, Individualräume und temporär zu nutzende Projektwohnungen. Wir sind in verschiedensten Berufen tätig und kompetent. Wir wirtschaften solidarisch, nachhaltig und ohne unser Leben der Gewinnmaximierung zu unterwerfen.

Vereinzelung und Verwertungsdruck setzt die Initiative „Komm in die Gänge” eine kollektive Idee entgegen, die auf gegenseitiger Unterstützung beruht und sich selbst trägt. Kunst und Leben sind für uns nicht getrennt voneinander denkbar. Die Bedingungen, die uns dies ermöglichen, wollen wir schaffen und langfristig erhalten – sozial, kulturell, räumlich und ökonomisch.

Offenheit und breite Zugänglichkeit für alle
Nicht nur zentrale Räumlichkeiten und Flächen sollen für die Öffentlichkeit zugänglich, nutzbar und barrierefrei erreichbar sein, auch die Möglichkeit zur Mitwirkung an der Entwicklung ist gegeben. Das Gängeviertel wird nie ein geschlossener Kreis sein.

Selbstbestimmung und -gestaltung des eigenen Lebensumfelds
Das Gängeviertel ist Ausdruck eines anderen Verständnisses von Stadtentwicklung und gesellschaftlicher Partizipation. Deshalb muss es von den Aktiven eigenständig entwickelt und betrieben werden.

Vielfalt der Lebensentwürfe und der kulturellen Perspektiven
Das Gängeviertel befördert die Vielfalt unterschiedlichster Lebens-, Arbeits-, und Kunstvorstellungen im direkten Miteinander. Es ist ein Modell für das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen.

Gemeinschaftliches Leben ohne Verwertungsdruck und gegenseitige Verdrängung
Das Gängeviertel will ein Ort für alle Bevölkerungsschichten sein. Das „Recht auf Stadt“ soll sich niemals nach finanzieller Leistungsfähigkeit richten. Das Viertel versteht sich als Gegenentwurf zur Ökonomisierung der Innenstädte und weiterer Lebensbereiche.

Wiederbelebung des Charakters des historischen Viertels
Das Gängeviertel wird in seiner Gesamtheit ein wahrnehmbares Beispiel des letzten Stücks Arbeiterarchitektur in der Innenstadt bleiben – und damit ein steter Kontrast zu seiner Umgebung.

Räume für die Stadt
Integraler Bestandteil unserer Idee ist das Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten und Öffentlichkeit. Wir begreifen das Viertel als Gesamtprojekt: Gewerbetreibende, Kunstschaffende, Bewohner des Viertels und die interessierte Stadtöffentlichkeit sollen das Gängeviertel mit gestalten. Räume für Kunst und Kultur, Räume für Soziales, Räume für Politisches und Räume für Wohnen und Arbeiten vor Ort.

Gängeviertel Standpunktpapier August 2011



Recht auf Straße - Kundgebung am 09.07.
Solidarität mit den Sexarbeiter-innen in St. Georg

Am Samstag, den 09.07. 2011 trafen sich auf dem frisch renovierten Hansaplatz im Bahnhofsviertel St. Georg die verschiedensten Menschen, um im Rahmen einer Kundgebung ihren Protest gegen die von der Stadt angestrebte Verdrängungspolitik der Straßenprostitution, der Drogenkonsument_innen und Allem, was der Aufwertung des Stadtteiles entgegensteht, auszudrücken.
Die Kundgebung wurde durch ein linkes feministisches Bündnis als eine politische Veranstaltung unter dem Motto „Recht auf Straße“, mit Essen, Getränken, Redebeiträgen, Perfomances und vielfältigen Infos zur Sexarbeit organisiert.
Inhaltlich bezog sich das Bündnis darauf, dass in St. Georg über verschiedene Arten von Repression den Menschen, die in diesem Stadtteil der Sexarbeit nachgehen, das Leben schwer und die Arbeit somit fast unmöglich gemacht werden. Die staatlichen Regulierungsinstrumente hierbei sind Platzverweise, Aufenthaltsverbote und die Verteilung von Bußgeldern, wobei die Höhe der Bußgelder sowie der sogenannte generelle Anscheinsverdacht im Ermessen der einzelnen Beamt_innen liegen.
Der in St. Georg seit ca. 200 Jahren ansässige Straßenstrich soll verschwinden, um eine Aufwertung des Bezirks durch die Vertreibung von Menschen, welche nicht in das Bild einer sauberen und sicheren Stadt passen, voranzutreiben. Ungeachtet der Tatsache, dass sich in St. Georg die sozialen Einrichtungen, die Infrastruktur und die sozialen Netze der Arbeiter_innen befinden, welche einen hohen Sicherheitsfaktor darstellen und eine weitestgehende Selbstständigkeit der Arbeiter_innen ermöglichen.
Die dort ebenfalls ansässige offene Drogenszene und der hohe Anteil an Sexarbeiter_innen mit migrantischem Hintergrund wurden im Rahmen der politischen Auseinandersetzung auch mit den Forderungen nach einem Bleiberecht für Alle oder die kontrollierte Legalisierung von Drogen als Teil der Aktion „Recht auf Straße“ thematisiert.
Die Hansestadt reagierte bisher auf diese Problematik, indem sie St. Georg einfach zum Sperr- und Gefahrengebiet erklärte, wodurch Prostitution verboten, Grundrechte außer Kraft gesetzt und der Polizei fast unbegrenzte Handlungsfreiheit gegeben werden, Menschen zu schikanieren. Davon betroffen sind Personen, welche sich weiblich definieren und kleiden, oder nicht als deutsch wahrgenommen werden, der Drogenszenen zugeordnet sind oder einfach nur nicht in das Bild des hippen Stadtteils passen.
Besucht wurde der Hansaplatz an diesem Tag von bis zu 500 Personen, die im Durchlauf der Kundgebung beiwohnten.
Die Veranstaltung wurde mit Musik und Redebeiträgen zum Thema Prostitution, Feminismus und Stadt, Menschenhandel sowie Beiträgen von Betroffenen und Anwohner_innen gefüllt und lebte nicht zuletzt von den Menschen, die bei Sonne und Regen frei auf dem Platz tanzten und das ganz ohne Angst vor staatlichen Maßnahmen haben zu müssen.
Es gab mehrere Pavillons, in denen Softgetränke, vegane Burger, Informationen zur Sexarbeit und Situation in St.Georg oder Kaffee bereitgestellt wurden. Eine mobile Freebox mit vielen Klamotten und Accesoires und Schminkmöglichkeiten luden weiter zum „aufhübschen“ ein.
Das Statische einer Kundgebung verlor sich bei verschiedenen Aktionen, die zum Mitmachen animierten. Mit überdimensionalen Händen wurde provokativ gewunken als Anspielung darauf, dass einfaches Winken bereits als „Annäherungsversuch“ und damit als Ordnungswidrigkeit für einen Bußgeldbescheid ausgelegt werden kann. Schilder, die Platzverweise, Illegalisierung und Sexarbeit thematisierten, blitzten immer wieder in der (tanzenden) Menge auf, die durch das unstete Wetter automatisch in Bewegung gehalten wurde.
Die Kundgebung fand von 16.00 bis 19.30 Uhr statt und schuf einen Raum, in dem viel passierte und in dem die unterschiedlichsten Menschen sich - anders als sonst - frei auf dem Platz bewegen und auch die schnell installierten Sitzgelegenheiten, welche wohl nur aus Versehen bei der kürzlichen großen Renovierung des Hansaplatzes vergessen wurden, nutzen konnten.
Die Hansaplatz-Initiative wollte auch mitmachen und meldete kurzerhand eine Gegenkundgebung, ach nein, „ein gemütliches Grillen unter Anwohner_innen“ im Sakko an. Durch die räumliche und inhaltliche Distanz zu der Kundgebung und ihren Inhalten ist ihre Integration fehlgeschlagen. Der Versuch, Menschen, die sie als „Ausländer“ wahrnehmen, als dreckig und Sexarbeit als kriminell und gefährlich für die zugezogenen Familien und Kinder zu stigmatisieren, erinnert eher an eine mittelalterliche Hetzkampagne als an einen Stadtteildiskurs, der alle Interessen wahren soll.

Nach dem Kundgebungswochenende hagelte es weiter Platzverweise, was auch die Springerpresse am 13.07.2011 in der „Bild“ verkündete und weiter propagierte dass „Hurerei und Zwangsprostitution“ abzuschaffen seien und „St. Georg von Kriminalität und Gewalt befreit“ werden müsse. Mit diesem Stigma und der Angstmacherei geht die Verfolgung weiter und wird wohl schlimmer werden, wenn nicht endlich eingesehen wird, dass St. Georg ein Bahnhofsviertel ist und bleibt, das die verschiedensten Facetten beinhaltet und in dem jeder Mensch ein „Recht auf Straße“ hat, nicht nur die, die sich eine Stadt kaufen können und deren Drogen Spießertum und Geld sind.

Diese Umstände sind nicht hinzunehmen und deshalb gilt weiter ...
Für ein Recht auf Straße! Sperrgebiete abschaffen! Gefahrengebiete aufheben! Gesicherter Aufenthaltsstatus für Alle! Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von Sexarbeiter_innen! Kontrollierte Legalisierung von Drogen und Ausbau der akzeptierenden Drogenarbeit! Geschlechterverhältnisse dekonstruieren!

Linksfeministisches Bündnis



Pressemitteilung des Hamburger SlutWalk-Bündnisses NO MEANS NO!

Heute haben etwa 1500 Menschen in Hamburg gegen Sexismus, sexualisierte Gewalt, Vergewaltigungsmythen und -verharmlosungen demonstriert. Die Aussage eines Polizeibeamten in Toronto am 24.01.2011, dass Frauen sich nicht wie Schlampen anziehen sollten um so nicht zu Opfern sexualisierter Gewalt zu werden, hatte eine weltweite Protestwelle ausgelöst, die ausgehend von Toronto rasant über den ganzen Globus ging.
Auch in Deutschland fand heute, am 13.08.2011, in 13 verschiedenen Städten – darunter Hamburg, Berlin, Bielefeld, Frankfurt am Main, Münster, Leipzig, München, Münster, Ruhr, Köln, Freiburg, Bad Oldesloe und Stuttgart – ein SlutWalk statt. Zudem auch in Milwaukee und Washington D.C.
Es war ein kraftvoller, friedlicher und bunter Protest für das Recht auf Selbstbestimmung in Bezug auf Aussehen, Kleidung, Geschlecht und Sexualität. Solidarisch gingen in Hamburg aber auch anderen Städten Homosexuelle, Dragkings und Dragqueens, Frauen in Minirock oder Sporthose, und sich mit den SlutWalk-Zielen solidarisch erklärende heterosexuelle Männer auf die Straße. Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalt aller Art sind ein Ausdruck von Machtausübung und haben nichts mit der Kleidung, dem Verhalten oder dem Aussehen der davon betroffenen Person zu tun. Nichts von diesem Mythos ist wissenschaftlich haltbar. Auch wenn sich der 13.08. nun dem Ende zuneigt ist der Protest noch lange nicht beendet. Es muss sich noch viel verändern, es gibt immer noch keine Gleichstellung von Frauen und Männern, Homosexuellen und Heterosexuellen, sowie sich zwischen den Geschlechtern definierenden Menschen wie Transgendern, Transsexuellen oder Intersexuellen. All diese Menschen sind tagtäglich mit Sexismus und sexualisierter Gewalt konfrontiert, weil sie Frauen, homosexuelle Männer oder Frauen, oder sich darüber hinaus geschlechtlich definierende Menschen sind und gesellschaftlich nicht akzeptiert werden. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der wir konsensuell lieben können, wie und wen wir wollen, konsensuell begehren können, wen immer wir möchten, uns kleiden dürfen wie wir möchten, ohne dafür diskriminiert und gewalttätig angegangen zu werden.
„Ich hoffe, dass der SlutWalk einen Reflektionsprozess über Diskriminierungen und sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen, Schwulen und Lesben und sich zwischen den Geschlechtern definierenden Menschen anstößt, der dazu führt, dass wir ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben leben können." so Anna Rinne, eine der Mitorganisator_innen des SlutWalks in Hamburg. „Wir werden weiter für unser Recht auf Selbstbestimmung und Gleichstellung kämpfen, der SlutWalk ist noch lange nicht beendet", so Anna Rinne weiterhin.

Slutwalk-Bündnis Hamburg NO MEANS NO!
am 13.08.2011

Auch grüner Kapitalismus kann brennen!

Während in London die Straßen brennen und Jugendliche nach Paris und Athen ein weiteres mal einer Gesellschaft, die alles verspricht und wenig hält, einen Spiegel vorhalten, verfolgen wir mit zunehmender Verwunderung die öffentliche Diskussion um Gewalt nach der Wagenplatzräumung von Kommando Rhino in Freiburg. Nicht die Zerstörung des Wagenplatzes steht im Mittelpunkt, sondern einige friedlich vor sich hinbrennende Baugeräte und Barrikaden auf der Straße.

Wir können verstehen, dass sich die Bewohner_innen des Wagenplatzes vor dem Hintergrund dieser Situation unter Druck fühlen, doch Kommando Rhino hat keine Veranlassung sich zu distanzieren. Notwendig ist angesichts der Sachlage nicht, den unverschämten Forderungen der Stadt und Polizei den Anschein irgendeiner Legitimität zu verleihen, sondern deren Politik eine Absage zu erteilen und weitere Proteste auf der Straße zu organisieren.

Die Repression, von der verschiedene Projekte durch mehrere Durchsuchungen, Verfahren und die Räumung des Wagenplatzes betroffen sind, empfinden wir als Angriff gegen autonome Strukturen und emanzipatorische Politik in Freiburg insgesamt. Wir erklären deshalb unsere Unterstützung autonomer Gruppen und linker Strukturen, die sich in Freiburg gegen die derzeitige Repression wehren.

Die Forderung nach Distanzierung dient allein der Verschiebung des medialen Diskurses auf eine Ebene, auf der die realen politischen Konflikte entsorgt werden. Wie viel Selbstsicherheit und Arroganz besteht eigentlich in den Elfenbeintürmen der Politik, wenn erwartet wird, dass es nach einem solchen Vorgehen der Polizei irgendeine Veranlassung für eine Entschuldigung von jenen gibt, die eine autoritäre staatliche Macht erfahren, die mit Baggern und Knüppeln alternativen Wohnraum zerstört.

Wovon eigentlich distanzieren? Die publizierten Molotowcocktails auf Feuerwehrleute offenbarten sich als die gleiche Propaganda, wie die Forderung nach einer Distanzierung selbst. Das angeblich gespannte Drahtseil, welches als heimtückische Falle dargestellt wurde, war nach anderen Berichten durch Absperrband und Warnschilder gesichert und wohl vor allem eine Schutzmaßnahme und Warnung vor Gegenständen auf der Fahrbahn. Obwohl wir an dieser Form der Straßenabsperrung mit einem gespanntem Seil Kritik haben und davon abraten, sehen wir sie nicht als "lebensbedrohlich", sondern als Versuch, eines verantwortungsvollen militanten Handelns, vor der schwierigen Situation eines polizeilichen Angriffs. Straßenblockaden von der Sitzblockade bis zur Barrikade sind und bleiben ein wichtiges Element im Spektrum linker Protestformen. Unabhängig davon, ob es den Stadtverwaltungen und Politiker_innen oder denen, die von diesen Verhältnissen profitieren, passt oder nicht.

Diese Kultur des Widerstandes und Protestes von Bürgerinitiativen und Jugendlichen existiert nicht nur in Wyhl und Mutlangen, in Wackersdorf und im Wendland, bei der Verteidigung der Roten Flora in Hamburg, der Liebig 14 in Berlin, der autonomen Zentren in Köln oder Erfurt, sondern hat auch in Freiburg im Breisgau eine lange Geschichte.

Es ist schon mehr als Ironie der Geschichte, wenn ein grüner Bürgermeister, dessen Partei einst selbst in der Traditionslinie solcher Auseinandersetzungen stand, nun in Manier eines Filbinger Distanzierungen einfordert. Wenn es um die Verwendung von Molotovcocktails geht, sollte er vielleicht besser beim ehemaligen grünen Spitzenkandidaten und Außenminister Josef Fischer nachfragen, als über die Presse verlogene Erklärungen abzugeben und Krokodilstränen zu heucheln.

Was dachte die Stadt eigentlich, bevor sie mehrere 100 Beamte in Gang setzte? Eine Räumung ist kein Kindergeburtstag! Es ist die gewaltsame Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, bei der schwere Verletzungen von Bewohner_innen und solidarischen Menschen durch polizeiliche Übergriffe in Kauf genommen werden. Barrikaden sind ein Teil des Selbstschutzes, um angreifende Polizeieinheiten zu verlangsamen und ein unmissverständliches politisches Signal des Protestes. Sie sind deshalb notwendig und richtig und nicht falsch.

Die Frage ist doch nicht, dass sich die Menschen wehren, sondern weshalb. Auch über Freiburg liegt keine Käseglocke einer Friedfertigkeit, die Fügsamkeit und Anpassung meint. Überall in der Welt wehren sich derzeit die Menschen gegen kapitalistische Stadtentwicklung, gegen steigende Mieten, gegen Verdrängung und Vertreibung in den Städten. In Athen, Barcelona oder Tel Aviv finden Massendemonstrationen und Krawalle gegen die globale Hoffnungslosigkeit der Ökonomie als zentrale Vorgabe der Stadtentwicklung statt.

Was geschieht eigentlich in den Köpfen der Verantwortlichen in den Stadtverwaltungen, wenn mit kühlem Schulterzucken und Verweis auf die Privatwirtschaft, Zentren von Jugendlichen wie das Ungdomshuset in Kopenhagen oder Wohnraum wie bei Kommando Rhino zum Abschuss freigegeben werden? Natürlich knallt es, wenn in Freiburg geräumt wird. Und natürlich ist dies kein romantisches Abenteuererlebnis, sondern ein Implodieren der strukturellen Gewalt, welche uns umgibt. Nicht von Protesten auf der Straße gilt es sich zu distanzieren, sondern von dieser Gewalt, die uns umgibt. Es gilt, sich von denen zu distanzieren, die uns diese Situation als Normalität verkaufen wollen und für standortpolitische und privatwirtschaftliche Interessen die Stadt zum Ort der Repression erklären. Der Widerstand auf der Straße ist und wird immer ein Teil von emanzipatorischen Bewegungen sein.

Es gibt ebenso keinen Grund sich fügsam zu verhalten und die vermeitlichen Sachzwänge der Politik als alternativlose Gesetzmäßigkeit zu akzeptieren. Die brennenden Barrikaden im Vauban waren kein destruktiver Moment, sondern in einer ganzen Abfolge von menschenverachtenen bürokratischen Entscheidungen, ein Lebenszeichen, dass es die Menschen in dieser Stadt noch gibt. Sie sind nicht nur die Füllmasse für Einkaufszentren, Fußgängerzonen und Immobilienblasen, sie sind nicht planbar und ihre Bedürfnisse nicht stapelbar in Verordnungen und Aktenzeichen. Dass Armut und soziale Ungerechtigkeit dabei auch unter ökologisch Vorzeichen reproduziert werden, zeigt die Wohnraumsituation in Freiburg. Hier wird im Lokalen deutlich, was im globalen Maßstab gilt: Auch grüner Kapitalismus schafft soziale Ungerechtigkeit und befördert die Verdrängung ärmerer und sozial ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen durch Gentrifizierung!

Wir sind solidarisch mit den Bewohner_innen des Wagenplatzes Kommando Rhino und allen, die auf der Straße waren, um die gewaltsame Räumung zu verhindern. Es gibt keine bösen Autonomen oder guten Wagenbewohner_innen oder stadtentwicklungspolitischen Initiativen. Es gibt eine Bewegung, eine Aufbruchsstimmung, nicht nur in Freiburg, auch in anderen Städten wie Konstanz, Frankfurt, Köln, Berlin, Erfurt oder Hamburg. Das Einende dieser Bewegung sind nicht die politischen Ideologien oder Aktionsformen, sondern die Kritik an einer Stadt, die nicht Ausdruck eines Gemeinsamen ist, sondern von marktorientierten Standortfragen. Die nicht gesellschaftlicher, sondern privatwirtschaftlicher Besitz ist, die nicht vergesellschaftet wird im Interesse aller, sondern im Interesse des Kapitals per Gewaltmonopol kontrolliert wird.

Die Frage um Recht auf Stadt ist zu einer Frage um Gesellschaft und Teilhabe geworden. Der tägliche Gang durchs Fabriktor und manchmal auch dessen Blockade, die Organisierung innerhalb der Fabriken sind heute für immer mehr Menschen in den Metropolenregionen der Welt zu einem Gestern geworden. In Zeiten immaterieller Arbeit und prekärer Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse organisieren sie sich zusehends innerhalb der Städte. Die Stadt ist unsere Fabrik und die Produktionsmittel in dieser Fabrik sind wir selbst. Wir selbst und unsere Umgebung sind dabei durchzogen von Brüchen und Überschüssen, von Widersprüchen und Hierarchien, die es immer wieder sichtbar zu machen gilt, um sie zum Gegenstand einer emanzipatorischen Kritik und Praxis zu machen. Wenn wir uns dieses Terrain aneignen, dann nicht aus Arbeitsethos, sondern um der Vorstellung des privaten oder staatlichen Eigentums, die des Gemeinsamen entgegenzusetzen. Die Stadt gehört nicht den Unternehmer_innen, den Politiker_innen, Stadtteilmanager_innen und Wohnungsbaugesellschaften oder jenen, die das Geld haben, um sie sich leisten zu können. Die Stadt gehört allen!

Die Stadt des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist an ihr Ende gekommen. Von nichts anderem erzählen die aktuellen Proteste in aller Welt, die Riots in den Straßburger Vorstädten, die Jugendunruhen in London und von nichts anderem erzählen auch die leise vor sich hinbrennenden Barrikaden auf Vauban. Auch grüner Kapitalismus kann brennen und das ist gut so. Denn der Markt kennt keine Antwort aus der Krise. Die Menschen können sich aber organisieren und die Stadt, die sie umgibt, selbst gestalten. Durch Aneignung und Kritik sich auf der Straße zeigen, durch Vernetzungen wie Recht auf Stadt, Mieterinnen_initiativen, autonome Zentren oder eben die Besetzung von Wagenplätzen.

Durch Solidarität, nicht nur mit sich selbst und den eigenen Lebensbedingungen und Milieus, sondern mit allen, die auf den Straßen und in den Städten vertrieben werden, weil sie zu arm sind oder illegalisiert werden oder einfach, weil sie sich gegen diese Zustände wehren.

Wir unterstützen die Aktivist_innen in Freiburg in ihren Mobilisierungen gegen die aktuelle Repression, und rufen auch andere Städte und Projekte zur Unterstützung der angegriffenen Freiburger Strukturen auf. Denn es geht nicht nur um Kommando Rhino, die Repression gegen autonome Gruppen und die Razzien in der besetzten Gartenstraße oder dem KTS in Freiburg, sondern um die ganze verkackte Scheiße, welche uns überall begegnet, weshalb auch wir ihr überall begegnen können.

Gegen Ausgrenzung, Vertreibung und Gentrifizierung - die Stadt gehört allen!
Solidarität mit besetzen Häusern und Wagenplätzen, Kommando Rhino und allen, die sich für deren Vervielfältigung einsetzen!

Autonome aus dem Umfeld der Roten Flora



Gegen Einheitsfeierlichkeiten & NRW-Tag 2011

Der folgende Teaseraufruf (Kurzaufruf) entstand durch Diskussionen im Bündnis gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Bonn. Er ist die inhaltliche Basis unseres Bündnisses, auf die sich verschiedene Gruppen aus NRW geeinigt haben. Wir bitten drum ihn weiter zu verbreiten und zur Mobilisierung gegen die Einheitsfeierlichkeiten 2011 zu nutzen. Friede, Freude, Eierkuchen? Nicht mit uns!

Friede.Freude.Eierkuchen?
Vom 1. bis 3. Oktober feiern sich die deutsche Nation und das Bundesland NRW in Bonn. Drei Tage lang soll beim „Deutschlandfest“ Friede.Freude.Eierkuchen (das original Motto lautet: „Freiheit, Einheit, Freude“) zelebriert werden. Auf der „prächtigen Festparade“ „Freue Dich Deutschland!“ wird wieder mal, aber in zunehmend grotesker Form, die jährliche Inszenierung des Burgfriedens von Staat, Nation und Volk aufgeführt. Klar, bei dieser Reihe an schönen Veranstaltungen dürfen auch wir nicht fehlen, um unsere Meinung zu Deutschland lautstark zu formulieren. Wir stellen eins klar: Ihr könnt uns mal mit eurer Standortpolitik. Wir machen für Deutschland keinen Finger krumm!

Freude? – Don’t dance to this shit!
Die Einheitsfeier, so spannend Paraden, Bootstouren und ein gemeinsamer Freudentaumel auch sind, ändert nichts an der alltäglichen Ohnmacht – der Ohnmacht gegenüber den Mühlen von Staat und Kapital. Die Identifikation mit der Gemeinschaft, also dem nationalen ‘Wir’, ist jedoch nur ein ideologischer Fluchtreflex vor dem Druck kapitalistischer Konkurrenz und Vereinzelung, aber eben zugleich auch ursächlich mitverantwortlich für eben jene Ohnmacht. Egal, ob Deutschland „schwarz-rot-geil“ oder kulturell anspruchsvoll feiert; abgerechnet wird nach dem Event, wenn die großen Gefühle verraucht sind, und Vater Staat als Vertreter des Standortes seine Forderungen und Ansprüche stellt. Ansprüche, die von der, vermeintlich unabhängigen Bevölkerung klaglos akzeptiert werden (müssen). Der eventabhängige Partynationalismus, eine Garnitur aus Spaß, Freud, und Deutschland-Fähnchen, sollte daher nicht über den Gemütszustand „der Deutschen“ im Alltag täuschen. Dort regiert nicht „Schwarz-Rot-Geil“, sondern eher ein „hoffentlich bleiben wir verschont“ gepaart mit der aggressiven Angst, dass „uns“ etwas weggenommen oder vorenthalten wird. Genau in dieser Gefühlslage greifen die ideologischen Mechanismen, denn was den Menschen die Herzen öffnet, ist ihre Sehnsucht nach einer schützenden, solidarischen Gemeinschaft, in der die Nächsten nicht immer zugleich Konkurrent*innen und Neider*innen sind. Denn für diese Menschen verspricht alleine die Identifikation mit der Macht des Staates und seinen Symbolen, die immer wiederkehrenden Erfahrungen individueller Ohnmacht zu überwinden. Jene Ohnmacht von der im Kapitalismus niemand verschont bleibt.
Für uns steht fest: Die Feier der Nation ist ein Angriff auf das schöne Leben und die befreite Gesellschaft!

Etwas Besseres als die Nation!
– A lot of things to do!
Unser Urteil lautet: „Germany – Zero Points!“ Deshalb rufen wir am Wochenende des nationalen Spektakels alle Individuen und Gruppen, die sich der emanzipatorischen Bewegung für das schöne Leben verschrieben haben, dazu auf, sich unserem Protest anzuschließen. Einem Protest gegen Staat und Nation, und anlässlich dieses Events sowie auch generell in ganz besonderer Weise gegen Deutschland. Denn die Kritik einer Linken, die ihr eigenes politisches Ziel – eine radikale Umwälzung der Verhältnisse – ernst nimmt, muss immer auch gegen die nationale Gesamtscheiße gehen.
Antifaschismus bedarf einer Kritik von Staat und Nation, denn völkische und reaktionäre Freaks radikalisieren nur die Ideologie kapitalistischer Schicksalsgemeinschaft: Die Aufopferung des Ichs für die Vormachtstellung der eigenen Bande, gnadenlos gegen den Rest der Welt.
Antirassismus bedarf einer Kritik von Staat und Nation, denn die staatliche Diskriminierung von Menschen nach Herkunft und Nützlichkeit folgt der Logik geordneter Standortkonkurrenz: Nationale Vorteile sichern, Verantwortung abschieben. Und auch der Alltagsrassismus der deutschen Deppen ist vor allem ein Appell ans nationale Privileg: Der Staat soll „Deutsche zuerst!“ bedienen. „Das Wir gewinnt“, heißt es dann in Presse und Medien. Das „Ihr“ verliert, ist die bittere Konsequenz dieser Logik.
Antimiltarismus bedarf einer Kritik von Staat und Nation, denn diese sind die Grundlagen für Konflikte zwischen den Nationalstaaten um Ressourcen, geopolitischen Einfluss, etc., die mal diplomatisch, mal offen kriegerisch geführt werden.
Wissenschafts- und Bildungskritik bedürfen einer Kritik an Staat und Nation, denn politische bzw. emanzipatorische Aktivität an (Hoch-)Schulen ist nur dann zu etwas nütze, wenn sie die staatlichen Mittel und Zwecke der Bildung attackieren: Entwicklung des nationalen Humankapitals, Wissenschaft als Standortfaktor und „Selbstbestimmung“ nur als Training für Konkurrenz und Auslese.
Arbeitskämpfe bedürfen einer Kritik von Staat und Nation, denn jede Politik „im Interesse der Lohnabhängigen“ wird sonst zur nationalen Komplizenschaft gegen Erwerbslose einerseits, und gegen „ausländische“ Lohnabhängige andererseits. Lohnarbeit, die herrschende Form kapitalistischer Ausbeutung, heißt Arbeit in endloser Konkurrenz, für andere und gegen andere, zusammengehalten durch staatliches Recht, staatliche Aufsicht und unter anderem nationales Interesse.

Geben wir also der Feier der Nation, trotz unserer verschiedenen thematischen Schwerpunkte, die passende Antwort: Unseren Widerstand und ein lautes, klares und kompromissloses: **Fuck you!**

Bündnis gegen Einheitsfeierlichkeiten & NRW-Tag 2011

Sachsen - ein Sommertrauma

In Sachsen entwickelt sich zunehmend ein Klima, in dem politische Willensbekundungen abseits der CDU Gefahr laufen diskreditiert und kriminalisiert zu werden. So wurde inzwischen bekannt, dass gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König bereits seit dem 7. Februar wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" ermittelt worden ist. Es ist inzwischen davon auszugehen, dass auf die Durchsuchung am 10. August weitere folgen werden. Das Ziel der Ermittlungen sind bis zum heutigen Tag fast ausschließlich Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den erfolgreichen Blockaden gegen mehrere von Sächsischen Gerichten genehmigte Naziaufmärsche in Dresden. Während die politisch Verantwortlichen aus den Reihen der CDU immer wieder die Neutralität der zuständigen Ermittlungsbehörden betonen, zeigt sich am Vorgehen der Dresdner Staatsanwaltschaft, dass es vor allem darum geht, antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Widerstand zu kriminalisieren.

Was sich in den vergangenen Monaten in Sachsen und im Besonderen in Dresden abspielte, wurde in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit den Verhältnissen in Weißrussland verglichen. Bespitzelungen, massenhafte Überwachung von Mobilfunkteilnehmern und Ermittlungen gegen einige NazigegnerInnen mithilfe des umstrittenen Ermittlungsparagraphen 129 Strafgesetzbuch. Als der Freistaat vor knapp drei Wochen seine Kompetenzen auf das Nachbarland Thüringen ausweitete, erreichten die Ermittlungen ihren vorläufigen Höhepunkt. Dazu wollen wir einen Blick zurück in die letzten Wochen der "sächsischen Demokratie" werfen.

Nachdem die Wohn- und Arbeitsräume des Jenaer Theologen Lothar König am 10. August durch sächsische Beamte durchsucht worden waren, hatten zahlreiche politisch Verantwortliche und Geistliche dieses Vorgehen zum Teil scharf verurteilt. König selbst verwies in einem Grußwort auf die Hintergründe des § 129 als reinen Ermittlungsparagraphen, der es den Ermittlungsbehörden ermöglicht, "alle technisch möglichen Maßnahmen gegen verdächtige Personen durchzuführen". Dazu gehört das Abhören von Telefonaten ebenso wie das Observieren von vermeintlich Tatverdächtigen. Tatsächlich wurde gegen König seit mindestens 7. Februar als Mitglied einer "kriminellen Vereinigung" ermittelt. Das wurde während einer Sondersitzung des Rechtsausschusses des Sächsischen Landtags am 23. August bekannt. Danach sei das Verfahren gegen König wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zwar inzwischen vorläufig eingestellt worden, der Grund liegt nach Angaben des Grünen Politikers Johannes Lichdi jedoch vor allem darin, dass bei einer Verurteilung wegen "aufwieglerischen Landfriedensbruchs" mit einer schärferen Bestrafung zu rechnen sei. Während der Sitzung hatte sich der Obmann der CDU-Fraktion hinter die Aussagen seines Parteikollegen Steffen Flath gestellt. Dieser hatte am Samstag in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung Kritikerinnen und Kritikern an den Ermittlungsmethoden der Sächsischen Polizei vorgeworfen, damit "Gewaltausbrüche gegenüber Vertretern des staatlichen Gewaltmonopols" zu unterstützen, gleichzeitig aber auch Defizite bei der Erklärung von juristischen Abläufen und Handlungen eingeräumt. Auch der CDU Landtagsabgeordnete Marko Schiemann betonte nach der Sitzung, dass es seiner Ansicht nach keine Gründe für "Zweifel an der Verhältnismäßigkeit oder gar Rechtmäßigkeit der Ermittlungsarbeit" gebe.

In seinem offenen Brief an Sachsens CDU-Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich hatte der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) zuvor das Vorgehen der Dresdner Staatsanwaltschaft heftig kritisiert und von einem "erheblichen Vertrauensverlust" bei den Menschen gesprochen, die sich den Nazis am 19. Februar "mutig und friedlich" in den Weg gestellt haben. Darüber hinaus zeigte er sich verwundert, dass weder das Thüringer Innen- noch das Justizministerium im Vorfeld von der Razzia in Kenntnis gesetzt worden waren. Sein Brief an den Sächsischen Ministerpräsidenten endete mit einer Einladung zu einem Gespräch nach Jena.

Die Reaktion auf das Schreiben ist bezeichnend für den Umgang der politisch Verantwortlichen in Sachsen mit dem Thema. So antwortete nicht etwa Tillich auf den Brief, sondern Sachsens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann. In seinem Schreiben an den Jenaer Oberbürgermeister verwies Fleischmann einmal mehr auf die bestehenden rechtlichen Grundlagen bei der Bekämpfung "jede[r] Form von Extremismus". Er verteidigte die Funkzellenabfrage zehntausender Bürgerinnen und Bürger und erneuerte den Vorwurf des Dresdner Staatsanwalts Jan Hille, der gegenüber der taz die mediale und politische Kritik an den sächsischen Ermittlungsmethoden mit Vorwürfen aus der "rechtsextremen Ecke oder von Querulanten" verglichen hatte. Obwohl das Innenministerium in Erfurt gegenüber dem MDR erklärte, nicht über die Razzia informiert gewesen zu sein, hatten die Thüringer Behörden nach Angaben Fleischmanns "sowohl auf polizeilicher als auch auf staatsanwaltschaftlicher Ebene" Kenntnisse von der bevorstehenden Razzia in der Wohnung des Jenaer Jugendpfarrers.

Als vor fast genau einem Jahr in Dresden das alternative Wohnprojekt "Praxis" auf der Columbusstraße Ziel eines rechten Brandanschlags geworden war und es dabei nur einem Zufall zu verdanken gewesen ist, dass niemand verletzt oder sogar getötet wurde, konnte niemand ahnen, dass das Haus ein halbes Jahr später erneut zum Ziel rechter Attacken werden sollte. Am 19. Februar randalierten fast 200 Nazis unter den Augen der untätigen Polizei vor dem Haus, warfen mit Steinen, Flaschen und Zaunslatten zahlreiche Fensterscheiben ein und beschädigten zwei vor dem Haus geparkte Fahrzeuge. Das bis heute nicht einer der zumindest zum Teil namentlich bekannten Täter verhaftet worden ist zeigt, dass das eigentliche Ziel der Sächsischen Ermittlungsbehörden die notwendige Verhinderung antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen Naziaufmärsche wie denen am 19. Februar ist.

Ein Beispiel für diesen konsequenten sächsischen Weg der Gleichsetzung von faschistischer Ideologie mit linker Gesellschaftskritik war das vergangene Woche, als mehr als 2.000 Polizistinnen und Polizisten eine Entscheidung des Bautzner Oberverwaltungsgerichtes durchsetzten und in der Leipziger Innenstadt defacto den Ausnahmezustand verhängten. Mit der Entscheidung jeglichen politischen Protest aus polizeitaktischen Gründen zu unterbinden wird deutlich, welchen Weg Sachsen in Zukunft einschlagen wird. Wenige Stunden vor einer geplanten Kundgebung der NPD am Leipziger Hauptbahnhof hatte das Oberverwaltungsgericht nicht nur die Kundgebung, sondern auch jeden Protest dagegen verboten. Im Vorfeld hatte Leipzigs Polizeipräsident Horst Wawrzynski in seiner "Gefahrenprognose" für die Stadt eine "erhebliche Gefahr für die Ordnung und Sicherheit" gesehen und aus diesem Grund den "polizeilichen Notstand" ausgerufen. Letztendlich kamen jedoch nicht einmal 200 Nazis nach Leipzig, welche nach dem nicht mehr anfechtbaren Demonstrationsverbot in Leipzig nach Roda bei Grimma auswichen und auf dem Gelände des NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold ein Konzert durchführten. Da mutet es nur konsequent an wenn, ganz im Sinne der Trennungsprinzips, der oberste Dienstherr der sächsischen Polizei Bernd Merbitz vorhat, bei den kommenden Bürgermeisterwahlen in Leipzig als Spitzenkandidat der CDU zu kandidieren. *Dresden-News*

Papierboot am Rand Europas

An den Ostgrenzen der EU ist die Initiative »Welcome to Europe« oft der einzige Lichtblick für Flüchtlinge

Nächste Woche werden sie wieder ein Denkmal aufstellen. Ein kleiner Brunnen soll es diesmal sein, keine Metallplatte wie im letzten Jahr, doch wieder werden sie alle Namen der Ertrunkenen eingravieren, die sie zusammentragen konnten. Schon vor zwei Jahren haben die Aktivisten von »Welcome to Europe« (W2EU) das Massengrab im Norden Griechenlands entdeckt – auf der Suche nach einem vermissten Flüchtling aus Afghanistan, dessen Familie auseinander gerissen wurde, als sie den Evros-Fluss durchquerte, um aus der Türkei in die EU zu gelangen. Nun wollen sie dafür sorgen, dass die Erinnerung an sie wach bleibt.

»Hartino Karavi«, griechisch für »Papierboot«, so hat das W2EU-Netzwerk sein Infomobil getauft, einen alten Kleinbus, ausgerüstet mit einer Solaranlage, abwechselnd besetzt mit einer Handvoll Aktivisten aus Deutschland, Griechenland und der Schweiz. Sie reisen umher mit mehrsprachigen Flugblättern, die über die Tücken und die Lücken des europäischen Asylrechts informieren und die Adressen von antirassistischen Anlaufstellen in ganz Europa enthalten. Der Name des Mobils soll an das Schicksal der Flüchtlinge erinnern: vom Untergang bedroht, aber beladen mit Hoffnungen und Träumen.

Erst ein Graben, dann eine Mauer

Seit 2010 ist das Infomobil vor allem in Griechenland unterwegs, einem Land, das letzten Monat begonnen hat, einen 120 Kilometer langen Graben auszuheben. Der soll die Flüchtlinge aus der Türkei abwehren, bis das Geld wieder reicht, um für denselben Zweck eine Mauer zu bauen. Schätzungen zufolge kamen im letzten Jahr 60 000 Papierlose über Griechenland in das Schengen-Gebiet – zwei Drittel aller illegalen Grenzübertritte nach Europa. Das ist nicht viel für die EU, doch eine große Zahl für das kleine Griechenland, das den Flüchtlingen keinerlei Unterstützung bietet.

Hunderte sind auf dem Weg dorthin in der Ägäis oder im Grenzfluss Evros ertrunken und wurden in anonymen Gräbern verscharrt. Die es schaffen, landen in inhumanen Lagern, errichtet, um Nachfolger abzuschrecken. Gerichte und Menschenrechtsorganisationen aus ganz Europa klagen Griechenland deshalb seit langem an. W2EU geht weiter. Zwar dokumentiert die Graswurzelinitiative mit ihrem Infomobil auch das Sterben und die Menschenrechtsverletzungen an Papierlosen. Vor allem aber übt sie praktische Solidarität mit jenen, die die »Festung Europa« nicht hereinlassen will.

Die W2EU-Aktivistin Marion Bayer aus Hanau vergleicht ihr Projekt mit der Underground-Railroad, dem historischen Fluchthilfe-Netzwerk der Abolitionisten, mit denen die Gegner der Sklaverei einst fast 100 000 Afroamerikaner aus den Südstaaten in den Norden schleusten. »Es war mehr ein informelles militantes Netzwerk als eine Organisation im engeren Sinne«, sagt Bayer. So ähnlich sieht sich auch W2EU. »Wir glauben, dass Migration kein Verbrechen sein kann. Und das deswegen kein Mensch illegal ist«, sagt Bayer. Wie viele der beim Infomobil Aktiven hat auch sie sich lange Zeit beim Netzwerk »Kein Mensch ist illegal« engagiert.

Das Infomobil geht zurück auf das erste No-Border-Camp auf der griechischen Insel Lesvos im August 2009. Damals erreichten manchmal hunderte Flüchtlinge pro Nacht die kleine Insel. Die No-Border-Aktivisten, viele aus Deutschland, errichteten ein Infozelt, um die Gestrandeten darüber aufzuklären, was sie in Europa erwartet: die Dublin-II-Richtlinie etwa, die die Zuständigkeit für ein Asylverfahren dem Land zuweist, das einen illegalen Grenzübertritt nicht verhindert hat. Im Fall von Griechenland bedeutet dies ein Leben in Not, denn ein Asylsystem existiert dort nicht. Gleichwohl gibt es Schlupflöcher: Rechtsmittel, humanitären Schutz für Minderjährige, manche Länder, die Flüchtlinge aus besonders instabilen Herkunftsstaaten wie Afghanistan oder Irak nicht abschieben.

»Uns wurde damals klar, dass Informationen das Wichtigste waren, was die Menschen brauchten«, sagt Bayer. Die Aktivisten planten, einen kleinen Raum in der Inselhauptstadt Mitilini anzumieten, als festen Infopunkt. »Doch bald wurde uns klar, dass das Unsinn ist: Die Fluchtrouten hatten sich schnell verschoben, kurze Zeit später verlagerte sich das Migrationsgeschehen nach Norden, an die türkisch-griechische Landgrenze.« Es war klar, dass eine mobile Infostation her musste.

Das Geld trieben die Aktivisten mit Solipartys und Spendenaufrufen auf. Ein knappes Jahr dauerte es, dann konnte das Infomobil starten. Seine erste Reise begann mit einer Suche. Ende Juni 2010 ertranken im Evros 16 Menschen bei dem Versuch, die Grenze zu überwinden. Eine afghanische Frau und ihre drei Kinder gehörten zu denen, die das Unglück überlebten. Ihr Mann und zwei seiner Freunde verschwanden im Wasser. Die Hamburger Fotografin Marily Stroux, auch sie ist bei W2EU aktiv, hörte bei einer Recherchereise in Athen von der verzweifelten Suche der Frau nach ihrem vermissten Mann.

Massengrab in den Bergen

Auf verschlungenen Wegen schaffte die Afghanin es bis in ein Asylbewerberwohnheim im schleswig-holsteinischen Neumünster. »Wir erfuhren von einer Beratungsstelle, dass die Frau mit ihren Kindern dort angekommen war«, sagt Stroux. Das war kurz vor der ersten Tour des Infomobils nach Griechenland. »Wir bekamen die Namen der Vermissten, Fotos und Beschreibungen ihrer Kleidung und der Ringe, die sie trugen. Die Frau setze große Hoffnung darauf, dass wir die Vermissten finden.«

Ihre Suche führte Stroux in die Gerichtsmedizin der griechischen Stadt Alexandopoulos. Die Pathologen nehmen DNA-Proben der ertrunkenen Flüchtlinge, um sie identifizieren zu können, wenn Verwandte sie suchen. »Die Leichen kommen ja nicht mit einem Pass zwischen den Zähnen zu uns«, sagte ein Gerichtsmediziner zu Stroux. Und er gab ihnen einen Hinweis, der sie schließlich in die Berge nahe des Ortes Soufli führte, wo der griechische Staat die toten Papierlosen seit Jahren in einem anonymen Massengrab verscharren ließ. Am Rand stand ein Schild:

»Friedhof der Illegalen«. »Wir standen da und trauten unseren Augen nicht«, sagt Stroux. »Wir wollten ein respektvolles Grab finden und dies der Familie zeigen können. Stattdessen kamen wir zu einem Massengrab, das noch nicht einmal ein Friedhof ist. Und dann haben auch noch irgendwelche Idioten das rassistische Schild beschossen. Wie oft kann man Menschen umbringen?« fragt Stroux. Über den Verbleib des Afghanen konnten sie nichts herausfinden.

Viele solcher Szenen sind den Aktiven des Infomobils seither begegnet. In Hafenstädten wie Patras oder Igoumenitsa, wo viele Migranten unter meist elenden Bedingungen auf der Straße leben und darauf hoffen, sich auf eine der Fähren nach Italien schmuggeln zu können, bieten sie Infos an und dokumentieren die Lebenssituation der Flüchtlinge. »Das Infomobil ist ein Werkzeug der lebendigen Kommunikation in immer mehr Sprachen und Sprachgemischen geworden«, sagt Bayer. Es sei ein »Knotenpunkt der Begegnung zwischen so-

zialen und politischen Kämpfen.«
Viele Flüchtlinge begegnen ihnen mehrfach. »Es kommt öfter vor, dass Flüchtlinge sich bei uns melden, wenn sie in Deutschland ankommen«, sagt Bayer. Bisweilen können sie helfen. Sie erinnert sich an einen Afghanen, der über Griechenland nach Deutschland gekommen war – und von der Polizei in den Abschiebeknast Ingelheim gesteckt wurde. »Der war schwer traumatisiert, er war in Patras in einem LKW fast erstickt, eine ganz schreckliche Geschichte«, erzählt Bayer. Sie besorgte einen Anwalt, und weil Deutschland derzeit nicht nach Griechenland abschiebt, kam der Mann frei. Bayer fand einen afghanischen Psychologen, »der hat ihn etwas stabilisiert«. Nun genieße er »subsidiären Schutz« – eine Art humanitäres Asyl. Die Begegnungen mit den Flüchtlingen würden »nicht immer reibungsfrei verlaufen«: »Manchmal begleiten die traumatischen Erlebnisse der Flüchtlinge uns noch länger.«
Erstes Mahnmal für die Opfer der Festung
Gleichwohl geht die Arbeit weiter. Gemeinsam mit – und finanziert von – Pro Asyl bietet das Infomobil Rechtsberatung für Flüchtlinge an, die aus den Internierungslagern am Evros entlassen werden. Als die griechische Polizei nach einer Welle rassistischer Pogrome in Athen im Frühjahr 2011 die informellen Siedlungen der Papierlosen in Igoumenitsa räumte und hunderte Flüchtlinge internierte, dokumentierte eine Aktivistin des Infomobils das Geschehen. Im letzten Sommer errichteten sie mit den überlebenden Flüchtlingen eines Schiffsunglücks vor Lesvos ein erstes Mahnmal für die Opfer der Festung Europa an einer Steilküste nahe des Unglücksorts.
Nächsten Donnerstag beginnt das nächste No-Border-Camp im bulgarischen Generalovo, nahe der türkisch-griechischen Grenze. Das Infomobil wird dabei sein. Ein Programmpunkt: die Gedenkveranstaltung für das anonyme Massengrab in Soufli. Die Region ist der nächste Hotspot des europäischen Grenzregimes: Deutschland und Frankreich haben ein Veto gegen den bulgarischen Schengen-Beitritt eingelegt, solange das Land seine Grenze zur Türkei nicht weiter aufrüstet. Das Infomobil wird auch dort unterwegs sein.

w2eu-Netzwerk

Klarstellung zur Vereinnahmung

Über die Macht der Verhältnisse und das Verhältnis zur Macht - castor-schottern setzt auf öffentliche Akzeptanz für widerständiges Handeln als fortschrittlicher Akt.

Der nächste Castor-Transport ins Wendland ist für den Herbst 2011 ebenso angekündigt wie die Proteste dagegen. Trotz und wegen Harrisburg, Tchernobyl, Fukushima, trotz und wegen des Ausstiegsgebrabbels in rot-grünem, oder schwarz-gelbem Anstrich ist der Normalbetrieb der Atomanlagen nicht nur in der BRD ein noch nicht gelöstes Problem, ist Gorleben als Endlager noch immer geplant, ist Widerstand gegen den Atomstaat noch immer nötig, sinnvoll und ein Versuch, den normalisierten Ausnahmezustand die subversive Tat entgegenzusetzen.

Les barricades ferment les rues mais ouvrent la voie.
Mit der Kampagne castor-schottern tritt allerdings ein politischer Akteur auf, der - in den bewegungspolitischen Fußstapfen der GRÜNEN - diese nötigen und sinnvollen Proteste zu kanalisieren versucht und den Blick auf die Verhältnisse eher zu verschließen scheint.
Die Berechenbarkeit der Systemstabilisierung ist augenscheinlich dermaßen Teil der herrschenden Normalität und Angepasstheit, dass es umso irritierender ist, dass diese Praxis der Vereinnahmung nicht auf mehr Widerspruch und stärkere Ablehnung in den eigenen Reihen der Autonomen stößt.
Im Detail: Um von den herrschenden Medien als Gesprächspartner anerkannt zu werden und von parlamentarischen und gesellschaftlich etablierten Kräften Unterstützung zu bekommen, wird auf jede Form von radikaler Systemkritik verzichtet. Die auf öffentliche Akzeptanz basierende Pressearbeit und Mobilisierung funktioniert eben nur dann, wenn die Erwartungshaltung der Medien akzeptiert wird. Eine Kampagne kann sich in diesen Medien nur als moralisch gut darstellen, wenn sie sich von Militanz distanziert und der demokratische Nationalstaat nicht infrage gestellt wird. Ein Zuspruch zur Legitimität von Grenzüberschreitungen, wird von den herrschenden Medien nur dann goutiert, wenn diese Rahmenbedingungen stimmen. Die bürgerliche Presse wird auf die Aktionen eingeladen, um beweisen zu können, dass die propagierte Angepasstheit der Aktionsform auch genau so gemeint ist.
Das heißt, dass die Medien das schottern nur dann als legitim akzeptieren, wenn es explizit gewaltfrei und demokratisch im Sinne dieses Staates dargestellt wird. Dafür braucht es die Unterstützung prominenter Personen aus Politik und öffentlichem Leben. Diese Politik ist nicht emanzipatorisch, sondern systemstabilisierend: auch die begrenzte und definierte Regelüberschreitung kann demokratisch absorbiert werden.
Diese Form von Politik steht im klaren Gegensatz zu selbstbestimmter, unversöhnlicher und militanter autonomer Politik. Im Gegenteil, die Öffentlichkeitsarbeit dieser Politik muss zwangsläufig darauf abzielen, sich von militanter Politik zu distanzieren um die entsprechende Akzeptanz zu erreichen. Genau das macht die Zivilität des Ungehorsams aus.

Mit anderen Worten: die politische Aussage wird reduziert auf die Propaganda des zivilen Ungehorsams, legitimiert durch moralische Überlegenheit.

In die linksradikale Szene hinein wird der repressiv eingeforderte Verzicht auf Selbstbestimmtheit der Aktion dennoch als militante Aktion verkauft, da die tragenden Kräfte der Aktion aus der linksradikalen Szene gewonnen werden müssen. Dieser Politikansatz beinhaltet das spalterische Element, das den militanten Schottergegnern stellenweise vorgeworfen wird.
Die Aktionsform, die mit ihrer Transparenz und Massenmedienkompatibilität zur rein symbolischen Aktion wird, hat mit autonomer, selbstbestimmter Politik nichts gemein.
Im Gegenteil werden angeblich verdrehte Aussagen in den Medien, die sich explizit von Sabotageaktionen distanzieren auch nicht öffentlich richtiggestellt: nur in die Szene hinein wird verlautbart dass die Medien das selbst erfunden hätten und die Distanzierung so gar nicht gesagt wurde.
Auf eine Richtigstellung in den betreffenden Medien wurde jedoch bis heute verzichtet, im Gegenteil, es wird weiterhin vertrauensvoll zusammengearbeitet, ein schelm wer ...

Die Intention der Kampagne castor-schottern ist eine Vermassung des Protestes, Sie wendet sich mit ihrer Werbekampagne je-

doch auch explizit an die linksradikale Szene, da hier das größte Potential an Menschen ist, die bereit sind die vermeintlichen Grenzen der Legalität zu überschreiten.
Damit stellt sich diese Aktion in Konkurrenz um die Köpfe, die nun entscheiden können ob sie eine systemangepasste Aktion des zivilen Ungehorsams unterstützen wollen und dort ein positives Feedback als Teil eines Massenevents erleben, oder sich für die Mühsal der selbstbestimmten, selbstorganisierten Aktion entscheiden, die jedoch versucht ernsthaft einzugreifen und sich unversöhnlich und unangepasst dem System gegenüberstellt.

Castor-schottern macht sich damit zum politischen Gegner einer militanten autonomen Bewegung, da es darauf abzielt, linke, widerständige Menschen von selbstbestimmten Aktionen abzubringen und sich stattdessen unter geführten, angepassten Aktionen des zivilen Ungehorsams einzubringen, die in den Massenmedien besser ankommt als böser Widerstand. Widerstand wird damit gesellschaftlich integriert, durchschaubar gemacht und damit neutralisiert im Sinne einer Systemkritik.

Castor-schottern unterscheidet sich wesentlich von anderen im Wendland vertretenen Aktionsgruppen wie "Widersetzen", oder der bäuerlichen Notgemeinschaft.
Diese Gruppen wenden sich mit ihrer Mobilisierung an ganz andere gesellschaftliche Kreise, die explizit nicht systemkritisch sind und damit auch nicht zu autonomer Mobilisierung in Konkurrenz stehen. Eine taktische Zusammenarbeit mit diesen bürgerlichen Widerstandsgruppen ist aus autonomer Sicht daher auch unproblematischer.

Einer Unterstützung oder gar Zusammenarbeit mit der Organisation von castorschottern muss aus autonomer Sicht jedoch vehement widersprochen werden.
Es zeigt sich in der linksradikalen Szene eine erschreckende politische Beliebigkeit, wenn antiemanzipatorische Gruppierungen wie die IL es schaffen, Autonome in ihre Politik einzubinden.

Der Versuch der IL mit ihren machtpolitischen Bestrebungen die linksradikale Hegemonie über Teile anderer Bewegungen zu erreichen, sollte nicht unterschätzt werden. Das bereits Teile von ehemals autonom agierenden Gruppen diese Politik bereits unterstützen ist traurig genug, jedoch sollten diejenigen, die erkannt haben, dass castor-schottern nicht ihre Aktionsform ist, sich politisch zumindest soweit ernst nehmen diese Aktionsform auch nicht weiter zu beachten, weil es nicht nur um die Aktionsform geht.

Eine Unterstützung der castor-schottern-Kampagne in jedweder Form wendet sich letztlich gegen die eigene selbstbestimmte autonome Politik. Der politischen Beliebigkeit würde weiter Vorschub geleistet und autonomer Politik mit dieser Praxis der Vereinnahmung und des sich vereinnehmen lassens ein Bärendienst erwiesen.

Diese Vereinnahmungspolitik, die von unterschiedlichen Kreisen betrieben wird, versucht die Schotter-gegner dafür einzunehmen, dass castor-schottern ja nur eine Aktionsform von vielen in der Breite des Castor-Widerstandes darstellt.
Diese Sichtweise, sei sie nun berechnend oder nicht, verstellt den Blick auf die politische Gegnerschaft im Kampf um die Köpfe der linksradikalen Szene und trägt ebenfalls zur weiteren politischen Beliebigkeit im Denken und Handeln bei.

Autonome Politik braucht, um die Regelhaftigkeit des normalisierten Ausnahmezustands zu durchbrechen, vielleicht Notbremsen und vielleicht die ein oder andere Barrikade, die den Blick öffnet - aber sicherlich keine Bahnsteigkarten.
Autonome Politik braucht gegen die herrschende Normalität der Systemstabilisierung die klare antagonistische Stellungnahme, die Praxis einer "negativen Politik" und viele weitere subversive Elemente - für Freiheit und Glück.

Für die Unversöhnlichkeit.

autonom.

... noch lange nicht erledigt ...

Außenstehende, zumal KonsumentInnen der mainstream Medien mag es verwundern, aber aus Sicht der Anti-AKW-Bewegung ist „die Sache mit der Atomkraft“ noch lange nicht erledigt.
Das westdeutsche deutsche Atomprogramm hat viele Facetten. Angeschoben wurde es von Menschen mit durchaus militärischen Ambitionen wie Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß (erst Atomminister, dann Verteidigungsminister). Zu seinen besten Zeiten in den 60er und 70er Jahren waren fast alle wichtigen Konzerne der brd an ihm beteiligt, von Deutscher Bank über Alianz, RWE und Siemens bis hin zu AEG und HochTief. Geplant waren Anlagen der gesammten Brennstoffspirale, von der Urananreicherung, Konversion, Brennelemetefertigung bis hin zur Wiederaufbereitungsanlage, einem Endlager und natürlich einer eigenen Reaktorlinie. Bis auf die im bayrischen Wackersdorf geplante WAA, den schnellen Brüter in Kalkar und den THTR in Hamm-Uentrop, wurden alle Bausteine dieses Atomprogramms realisiert und bestehen heute noch. Durch den Beschluss der schwarz-gelben Bundesregierung wurden so viele Atomanlage wie noch nie vorher auf einem Schlag stillgelegt, doch ein Ende des westdeutschen Atomprogrammes ist das noch lange nicht. Die Urananreicherung in Gronau wird gerade massiv ausgebaut, so dass sie mehr als 30 AKW versorgen kann, und auch die Brennelemtefertigung in Jülich hat ihren festen Platz auf dem Weltmarkt. Beide Anlagen sind neben bei bemerkt Ursache der rapide zunehmenden Atomtransporte durch den Hamburger Hafen (mehr als 200 im Jahr). Immer noch wird durch Hermesbürgschaften der Bau von Siemens Atomanlgen in Brasilien subventioniert, und die Fusionsforschung mit Milliarden am Leben gehalten. Im „Endlagerprojekt“ Gorleben wird im dreischichtigen Dienst mit Hochdruck gegraben, mit dem Ziel möglichst bald ein fertiges „Endlager“ präsentieren zu können.
Bei genauer Betrachtung kann mensch sich der Feststellung kaum entziehen, dass das deutsche Atomprogramm jenseits der gerade in der Kritik stehenden AKW floriert oder gar expandiert.
Diese Erkenntnis ist für viele Gruppen Anlass genug Widerstand gegen den Betriebder verbliebenen Atomanlagen zu organisieren, und sich kritisch in die öffentliche Debatte einzubringen, womit wir zwanglos beim diesjährigen Castor-Transport nach Gorleben wären.

Nachdem die parlamentarische Ebene das Thema „Atomkraft“ an sich gerissen hat, werden alle Akteure des Castor-Widerstandes versuchen das Thema im November wieder auf die Strasse zu bringen. Erfreulich ist dabei das sich schon im Sommer

ein sehr breites Bündniss von Gruppen darauf verständigt hat, sich zum Einen solidarisch aufeinander zu beziehen, und zum Anderen gemeinsam den Befriedungsversuch der Parteien zurückzuweisen. Mit dabei sind neben der BI-Lüchow Danneberg, Widersetzen, X-tausend Mal Quer, die bäuerliche Notgemeinschaft, Castor?Schottern! Gruppen aus Lüneburg und die bewegungseigenen Medien. Einige Gruppen wie X-tausend Mal Quer werden altbekanntes machen (Blockade vor dem Zwischenlager), andere sind neu dabei (Blockadeversuch an der Hauptstrecke bei Lüneburg, dezentrales Autonomes Konzept) oder haben ihr Konzept dynamischer gestaltet (Castor? Schottern! Widerstandsnest Metzingen und Widersetzen). Deutlich wurde auch eine große Sensibilität darin, sich nicht gegenseitig zu behindern, sondern zu versuchen sich , wo möglich, zu ergänzen.

Mit recht großer Wahrscheinlichkeit wird der Transport in diesem Jahr erst Mitte oder gar Ende November stattfinden. Ginge es nach der Gewerkschaft der Polizei würde er ganz abgesagt. Es bleibt also noch genug Zeit sich im Internet über die verschiednen Kampagnen und Aktionen zu informieren, die zum jetzigen Zeitpunkt nur recht grobe Entwürfe am Start haben.

Noch lange nicht erledigt, gilt nicht nur für das Atomprogramm, sondern auch für den Widerstand dagegen – Seid bereit!



Aktion

24.08.2011
Seit 12.25 Uhr sind alle Zufahrtstore zum Erkundungsbergwerk Gorleben blockiert. Den Aktivisten von X-tausendmal quer gelang dies, indem sie sich zeitgleich an allen sechs Toren des Geländes festketteten. Rechtzeitig zum Schichtwechsel sind alle Fahrzeuge an der Ein- und Ausfahrt gehindert.

21.08.2011
In der Nähe des finnischen Atomkraftwerks Olkiluoto sind am Samstag nach Medienangabe rund 50 Teilnehmer an einer Anti-AKW-Demonstration festgenommen worden.
Kundgebungsteilnehmer hatten Samstagfrüh auf einer Zufahrtsstraße zum Kraftwerksgelände aus Rohrteilen eine Pyramide gebaut und so für kurze Zeit die Zufahrt zu dem Atomkraftwerk blockiert. Rund 150-200 Demonstranten forderten einen Baustopp des dritten Reaktors in Olkiluoto. Dieser war im Laufe der Bauarbeiten von zahlreichen Problemen geplagt ist bereits drei Jahre im Verzug.

28.07.2011
Am Sonntag, den 17.07. fand mit rund 70-80 Teilnehmer_innen eine Fahrraddemonstration vom Neuen Markt zum Rostocker Seehafen statt, um für eine Entwidmung für radioaktive Fracht in der Hafenordnung des Rostocker Hafens zu demonstrieren. Vorausgegangen war eine Woche juristische Auseinandersetzung und ein Protest-Camp auf dem Neuen Markt, um die abgesprochene Route auf der A19 durchzusetzen.

Normalbetrieb

23.08.2011
Nach dem Erdbeben an der amerikanischen Ostküste haben sich zwei Reaktoren des Atomkraftwerks North Anna Power Station in Louisa County im US-Staat Virginia automatisch abgeschaltet.

22.08.2011
Einige Gebiete nahe dem havarierten japanischen Atomkraftwerk Fukushima werden einem Zeitungsbericht zufolge vermutlich jahrzehntelang nicht mehr zu betreten sein. Die Gegenden in einem Umkreis von drei Kilometern um das Atomkraftwerk werden voraussichtlich für lange Zeit - wahrscheinlich für mehrere Jahrzehnte - zum Sperrgebiet erklärt, berichtet die japanische Zeitung "Yomiuri Shimbun" unter Berufung auf Regierungskreise. Seit dem verheerenden Erdbeben der Stärke 9,0, dem anschließendem Tsunami und der Atomkatastrophe in Fukushima am 11. März leben noch immer mehr als 85.000 Menschen in Notunterkünften oder Fertigbauten ohne jegliche Gewissheit, ob sie in ihre Häuser zurückkehren können.Eine Untersuchung der Regierung zeigte kürzlich, dass einige Gebiete in der 20-Kilometer-Sperrzone um das Atomkraftwerk eine Strahlung von mehr als 500 Millisievert pro Jahr aufwiesen. Das ist 25 Mal mehr als der jährliche Grenzwert.

08.08.2011
Das Atomkraftwerk Brokdorf in Schleswig-Holstein ist am Sonntag nach einem Zwischenfall abgeschaltet worden. Die Transformatoren, über die der Strom aus dem Kraftwerk ins Netz eingespeist wird, schalteten sich am Vormittag aus noch ungeklärter Ursache ab, wie das Justizministerium in Kiel mitteilte. Wenig später schaltete der Betreiber Eon den Reaktor ab. Das AKW Brokdorf war erst am 20. Juli nach mehrwöchiger Jahresrevision wieder ans Netz gegangen. Bei dieser Revision hatte es laut Ministerium keine Auffälligkeiten gegeben.





FLORA-TERMINE IM SEPTEMBER

Do 01.09. 19 Uhr
Mobilisierungsveranstaltung mit dem Berliner Bündnis What The Fuck zu den Aktivitäten gegen den Papstbesuch + 1000 Kreuze in die Spree

So 04.09. 22 Uhr
Konzert
Sewn Leather (Industrial-Crunk-Punk-Noise, US)

Mo 05.09. 19 Uhr
Infoveranstaltung zum Papstbesuch am 22.09. in Berlin

Mo 05.09. 20 Uhr
Vollversammlung der Kampagne "Flora bleibt unverträglich". um Stand und zur Vorbereitung für den Aktionstag gegen Gentrifizierung und kapitalistische Stadtentwicklung.

Mi 07.09. 19 Uhr
Konzert
All2ruin (Crust aus Belgien)
+ support

Do 08. 09. 21 Uhr
Konzert
Radio Gargarin präsentiert:
Total Ambient Meeting mit:
Origami Galaktika (Ambient, Schweden)
Botong (Electro-Akkustischer Ambient, Schweiz)
Diskrepant (Dark Ambient, Schweden)

Fr 09. 09. 22 Uhr
Dubcafé Soliparty mit Konzert

So 11.09. 16 Uhr
Konzert
Noisecafé No.: 5:
Datashock + mehr

Mi 14. 09. 21 Uhr
Konzert
LOMA PRIETA (Screamo//San Francisco)
BIRDS IN ROW (Emo/HC//Frankreich)

Do 15.09. 23 Uhr
Party
Subspace (Electro/Minimal)

Sa 17. 09. 22 Uhr
Soliparty für Anwaltskosten

Sa 24. 09. 23 Uhr
Soli-Party für antifaschistische Arbeit in Pinneberg
80er/90er Punk/chillout

So 25. 09. 21 Uhr
Konzert
The Riot Before (Punk/Emo) + support

Di 27.09. 21 Uhr
Radio Gagarin präsentiert: Free Jazz Noise Meeting
MoHa! (no wave/norwegen)
Fatagagas Radical Noise (free jazz noise/köln)

Fr 30. 09. 19 Uhr
TimTimTonTraeger präsentiert ein Konzert mit:
NIKKI LOUDER (Noiserock/Slowenien) + TYRAN TYRAN (drop-out indie/Berlin) + Support



Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr